

Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 4.50 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengehaltene Pestscheide oder deren Raum 180 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Pfg., Nekrolog 800 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, frühestens in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 188.

Sonntag, den 13. August 1921.

28. Jahrgang.

Eine überraschende Lösung. Der Völkerbund soll entscheiden.

Paris, 12. August.

Halbamtlich wird gemeldet: Man ist übereingekommen, die Angelegenheit Oberschlesiens auf Grund von Artikel 11 und 12 des Völkerbundsstatuts dem Völkerbund zu überweisen. Um 11 Uhr 30 Minuten vormittags sind die Vertreter der alliierten Regierungen zu einer Beratung zusammengetreten.

Londoner Hoffnungen.

London, 13. August. Der Beschluß des Obersten Rates, die Entscheidung über Oberschlesien dem Völkerbundsrat zu überlassen, wurde in amtlichen Kreisen mit Befriedigung aufgenommen. Man erwartet, daß der Völkerbundsrat sofort an die Arbeit gehen wird und seine Entscheidung vor der allgemeinen Völkerbundsversammlung im September fällen wird.

In der Donnerstagsitzung stand Lloyd George dicht vor dem Bruch. Keiner wollte nachgeben. Der englische Ministerpräsident drohte mit der Abreise; und er ließ, wie er es während der Versailler Konferenz schon einmal getan hat, die Koffer packen. Am den Bruch nach außen etwas zu verbergen, wurden dringende irische Regierungsaufgaben als Reisevorwand angegeben.

Zimmerlin sagte Lloyd George noch für eine Sitzung zu; und in dieser Sitzung (gestern) wurde, zu aller Ueberraschung eine Lösung gefunden, die zwar keine Entscheidung ist, die aber doch den drohenden Bruch der Entente vermeidet.

Es wird gewissermaßen an den Völkerbund appelliert, der entscheiden, und dessen Entscheidung sowohl von Frankreich als auch von England angenommen werden soll. Wenigstens haben Lloyd George und Briand diese Unterwerfung zugesagt. Aber keine wirkliche Entscheidung ist zu fällen, diese hat der Oberste Rat, wenigstens formell sich vorbehalten.

Zweifellos ist die gefundene Lösung ein Erfolg Lloyd Georges. Denn auf dem Völkerbund besteht die Möglichkeit, daß Frankreich überstimmt wird, was im Obersten Rat ausgeschlossen ist, da dessen Beschlüsse einstimmig gefaßt werden müssen. Außerdem ist die Zusammensetzung des Völkerbunds so, daß aller Voraussicht nach die englische Auffassung siegen wird.

So bedauerlich auch die abermalige Verschiebung der Entscheidung, und die damit verbundene Verlängerung der ungewissen Zustände in Oberschlesien ist, die deutschen Aussichten sind durch die Ueberweisung des Zwistes an den Völkerbund keineswegs schlechter geworden. Das ist aber auch alles, was sich vorläufig sagen läßt.

Die entscheidende Sitzung.

Paris, 12. August.

Ein Vorschlag Lloyd Georges.

Die englisch-französischen Meinungsverschiedenheiten in der ober-schlesischen Frage hatten sich gestern im Laufe des späten Nachmittags und des Abends so zuspitzen, daß eine Einigung als vollkommen aussichtslos bezeichnet werden mußte. Um den Bruch zu vermeiden, den eine glatte Vertagung der ober-schlesischen Frage auf eine spätere Konferenz des Obersten Rates hervorgerufen hätte, hat man sich plötzlich daran erinnert, daß der Friedensvertrag von Versailles das Statut des Völkerbunds enthält. Auf Vorschlag des englischen Ministerpräsidenten Lloyd George hat man dem französischen Ministerpräsidenten Briand vorgeschlagen, den Streitfall dem Völkerbundsrat zur Erledigung zu übertragen. Man ging bei diesem Vorschlag von dem zweiten Absatz des Artikels 11 des Völkerbundsstatuts aus.

Der Oberste Rat ist deshalb noch heute vormittag kurz vor 11 Uhr zu einer Sitzung zusammengetreten, der Lloyd George beiwohnte. Als Vorsitzender erklärte Ministerpräsident Briand, daß angesichts der grundlegenden Meinungsverschiedenheiten zwischen der britischen und der französischen Regierung über die Teilung Oberschlesiens der Vorschlag gemacht werde, den Streitfall dem Völkerbund zu überweisen.

Lloyd George antwortete an erster Stelle und erklärte, daß die britische und die italienische Delegation dahin über-

eingekommen seien, daß dies die beste Lösung des Streit-falles wäre. Wenn man den Völkerbund anrufe, so bedeute das keine Kritik an der Haltung der französischen Regierung und der französischen Sachverständigen. Die Gesamtheit des Obersten Rates habe sich aber zu einem Standpunkt bekannt, den allein Frankreich nicht annehme. Deshalb sei es angebracht, einen anderen Gerichtshof anzurufen, um zu einer Lösung zu gelangen.

Die übrigen Alliierten.

Ministerpräsident Bonomi erklärte sich mit Lloyd George völlig einverstanden. Italien sei nicht gekommen in der Absicht, sich dem einen oder anderen Standpunkt anzuschließen, sondern um die Frage eingehend zu prüfen und eine gerechte Entscheidung zu treffen. Der italienische Ministerpräsident erklärte ferner, Italien sei bereit, Truppenverstärkungen nach Oberschlesien zu entsenden, wenn die Notwendigkeit bestünde.

Die gleiche Erklärung gab Lloyd George ab, so daß grundsätzlich beschlossen wurde, Verstärkungen zu entsenden, wenn sich die Notwendigkeit herausstelle.

Der japanische Botschafter Baron Aneji sprach sich ebenfalls für die Zuteilung des Industriegebiets an Deutschland aus, erklärte aber ebenfalls, den Vorschlag annehmen zu wollen, und den Streitfall durch den Völkerbund entscheiden zu lassen.

Der amerikanische Botschafter Harvon sagte, daß die Vereinigten Staaten die ober-schlesische Frage als eine rein europäische ansähen. Da heute entschieden worden sei, die Frage dem Völkerbund zu überweisen, dem die Vereinigten Staaten nicht angehörten, glaube er die Ansicht seiner Regierung auszusprechen, wenn er ankündige, daß die Vereinigten Staaten sich an dieser Entscheidung nicht beteiligen würden.

Der Beschluß.

Darauf nahm der Oberste Rat die im folgenden Drahtbericht wiedergegebene Entschliebung an:

Paris, 12. August.

Der Oberste Rat nahm am Vormittag folgende Resolution an: Der Oberste Rat beschloß, bevor er über die Grenz-festsetzung zwischen Deutschland und Polen auf Grund des Artikels 86 des Friedensvertrages entscheidet, die Schwierigkeiten, die bei der Festsetzung der Grenze entstanden, dem Völkerbundsrat zu unterbreiten. Der Oberste Rat wünscht ein Gutachten über die Grenzlinie zu hören, deren Bestimmung den alliierten und assoziierten Großmächten obliegt. In Anbetracht der Lage in Oberschlesien wird der Völkerbundsrat gebeten, das Verlangen als sehr dringend zu betrachten.

In der Frage der Aburteilung der Kriegsschuldigen beschloß der Oberste Rat, die Ausschüsse der verschiedenen beteiligten Länder zu erziehen, daß ihre Beamten, die den Verhandlungen vor dem Reichsgericht in Leipzig beiwohnten, Vorschläge über die einzunehmende Haltung machen. Die nächste Sitzung wird morgen vormittag 10^{1/2} Uhr stattfinden. Tagesordnung: Die Frage der Sanktionen.

Die Berliner Presse zur Entscheidung des Obersten Rates.

Berlin, 13. August.

Das „Berl. Tagebl.“ und die „Voss. Ztg.“ sind der Ansicht, daß durch die Verweisung der ober-schlesischen Frage an den Völkerbundsrat sich Deutschland materiell in der Frage der Grenzfestsetzung nicht verschlechtert habe. Das Organ der Unabhängigen schränkt diese optimistische Ansicht insofern ein, als es darauf hinweist, daß der Oberste Rat die letzte Entscheidung haben werde. Im übrigen weist das Blatt, wie auch die rechts-stehende Presse auf die Nachteile hin, die durch die kürzere oder längere Verzögerung der Entscheidung infolge der Ueber-weisung an den Völkerbundsrat entstehen. Die „Tägl. Rundschau“ spricht von sehr schweren real-politisch-gefährlichen Momenten. Der „Vorwärts“ glaubt aus der Heranziehung der Artikel 11 und 12 des Völkerbundsstatutes auf eine sehr drohend gewesene englisch-französische Kriegsgesahr(?) schließen zu dürfen. In diesen Artikeln wird nämlich unter andern bestimmt, daß die Bundesmitglieder nicht vor drei Monaten nach dem Schiedspruch zum Kriege schreiten dürfen. Die „Rote Fahne“ kennzeichnet die Sachlage als einen Bankrott der Entente.

Die ober-schlesische Presse.

Heuten, 13. August. Wie verschiedene Blätter bei Beginn der Pariser Verhandlungen meinten, würden die Beratungen eine klare Entscheidung kaum bringen. Man ist jetzt einigermassen befürzt darüber, daß die propädeutischen Aussagen dieser Blätter eingetreten sind. Sie äußern sich im allgemeinen mißbilligend über die abermalige Hinausschiebung des Urteils-spruches. „Wiederum enttäuscht“. Die Entscheidung verzögert, so heißt es in den Ueber-schriften. Der polnische Blätter-wald, sowohl ober-schlesisch-polnische, wie auch kongreg-polnische Zeitungen scheinen vor der Vertagung völlig befriedigt und unterlassen vorläufig jede Äußerung.

Kriegerbund.

Dr. L. Lübeck, 13. August.

„Der deutsche Kriegerbund verfolgt lediglich gemeinnützige vaterländische und kameradschaftlich-soziale Wohlfahrtsaufgaben. Er ist politisch und religiös neutral, er befaßt sich nicht mit militärischen Dingen.“ So ungefähr will der Kriegerbund seine Bestrebungen in Statuten festlegen.

Vor einigen Tagen veröffentlichte Prinz von Schönau-Carolath im „Berliner Tageblatt“ eine lange Abhandlung über die wirklich in Bestrebungen dieses Bundes. Das Ergebnis dieser Untersuchung ist geradezu vernichtend. In überheblichem Pharisäerbüchel sonderten sich eine Anzahl von Kriegsteilnehmern von ihren übrigen Kameraden ab, mit denen sie jahrelang alles Leid und alle Mühsal gemeinsam getragen hatten. Gewaltig verstärkt wurden diese wenigen dann durch unzählige Heimkrieger, durch zahlreiche Etappenhelden — bekanntlich sind diese am stolzesten auf „unlere“ Leistungen — und durch eine gewaltige Menge deutsch-nationaler Parteigänger.

Welchen Zweckrichtungen eine solche Mischung huldigt, huldigen muß, kann niemandem zweifelhaft sein. Sie baut einfach auf die „glorreichen“ Traditionen der Kriegervereinsbewegung der Vorkriegszeit auf. Nicht zu weichen Veranstellungen eines solchen Vereins braucht der interessierte Zuschauer zu beobachten, schon nach der ersten ist er völlig mit der „Kriegerseele“ vertraut.

Überall schwarz-weiß-rotes Bunt, Kaiser- und Generalsbilder, dann Reden, Reden, wie sie einst nur an Kaisergeburtstagsfeiern in alkoholischer Kernhaftigkeit erklangen. (Republik und Juden spielen darin ungefähr die Rolle eines von einem halben Duzend erregter Hundchen zerfetzten Hahnenbalges). Aber wenn das Fest dann vorbei ist, wenn die Wogen der Begeisterung durch das langsam schleichende Del des nahenden Raters geglättet sind, dann heben sich plötzlich Aug und Hand beschwörend nach oben: War das nicht ein schönes Fest? Und religiös und politisch so neutral?

Sich dum stellen, das ist die zur Zeit beste nationalistische Lösung. Wer sich selbst dumm stellt, der hat bedeutende Aussicht, daß er viele wirklich Dumme findet, die ihm nachlaufen. Und da in der gegenwärtigen Zeit die Anzahl derjenigen, die sich gern noch dümmer stellen, als sie es schon sind, ziemlich groß ist, so kann der Erfolg nicht ausbleiben.

Interessant wäre es nur zu erfahren, wieviele von den Helden des Kriegerbundes wirkliche Krieger waren, das heißt den Frontkrieg aus eigener Erfahrung kennen? Wieviele von ihnen dem lauernden Blei und dem nagenden Hunger in der Wirklichkeit so großen Geschmack abgewonnen haben, daß sie im Dunke alkoholischer Ezzelle und bramarbaszierenden Wortschwanks sich an der Erinnerung ergötzen mögen? Wirkliche Leidensgenossen, zusehenden Geschossene und im Hunger Verkommene, sie werden schweigend und gehen still zur Seite, wenn irgend ein Maulheld seine lügenhaften Lippen trüben läßt.

Aber diese Stillen, an Körper und Geist Gezeichneten, Friedensliebenden, sie sind keine echten „Krieger“, weil sie nicht deutschnationalem Gegröhl folgen, weil sie der Fahne, unter der sie belogen und betrogen, um Glück und Gesundheit betrogen wurden, die Gefolgschaft verweigern. Weil das stille Sehnen ihres Herzens an Menschenfrieden und Menschenglück hängt und an der schwarz-rot-goldenen Fahne der Freiheit, der Gleichheit und Völkerveröhnung.

Nein, dieses sind keine echten Deutschen, nein, diese haben keine Liebe zu ihrem Vaterland, dem sie ihr Leben weihen; würden sie doch sonst morgen u. übermorgen auch alkoholglänzende Augen rollen lassen, würden sie doch sonst a u ch wilde Hurrahrufe von befehter Tafel lassend einem eingebildeten Feinde mutig entgegen-schleudern, und würden sie doch sonst während der Festtage nachts nach 2 Uhr ihre gut bürgerliche Sittlichkeit a u ch da vergessen, wo Patriotismus und Kriegsstimmung immer endigen.

Es mag hart sein für manche Ueberpatrioten, die Wahrheit zu hören — hat doch ein solcher Held gewöhnlich nicht mal den Mut, sie sich selber einzugesehen — aber es kann auch heilsam wirken. Vielleicht öffnet sie doch manchem die Augen über die niedere Verlogenheit seiner Gesinnung, vielleicht auch über die Heuchelei seiner Statuten, die politische und religiöse Neutralität festsetzen; und vielleicht auch lassen sie manchen über alte Kriegskameraden, die jetzt still und arbeit-sam ohne Feldgeschrei und Fahnenfult ihrer Pflicht nachgehen, anders denken.

Die große Masse aber der Kriegsbündler wird auch weiterhin bis an ihr selbiges Ende geistlos Schlagwort einseitiger Militärs und bösem Beispiel „besserer“ Herren folgen. Mäße jeder tun, was ihm gefällt! Nur soll er auch den Mut haben, offen zu bekennen, was er will. Deshalb verkündet der Kriegerbund nicht frei heraus, daß er eine Stammtroppe für Monarchie und Rachekrieg sein will?

Dann hat er das Recht, schwarz-weiß-rote Fahnen stat-tern zu lassen, und dann hat er auch das Recht, dem ehrlichen Gegner Respekt abzufordern. So aber, als im Trüben arbeitender Hintertisch, ist er weiter nichts als große, elende Heuchelei.

Die Republik ohne Republikaner.

Man schreibt uns:

Eine kleine Sommerreise führte mich in das Gebiet zwischen Bielefeld und Hannover, allwo ich etliche Feststellungen machen mußte, die mir abermals klarlich zeigten, daß der Geist des republikanisch-demokratischen Deutschland dem hundertjährigen Bürgerturnen noch Genuß und Scheuel ist. In Min- den war gerade akademisches Turnfest: ein Wald von schwarz-weiß-roten Fahnen, zahllose Fähnchengeländen in allen Farben — das geübteste Auge entdeckte aber nicht ein einziges Mal die Farben der Republik. Selbst das städtische Amtsgebäude, das Rathaus, schien diese Farben nicht zu kennen. Es hatte zwar nicht schwarz-weiß-rot geholt, sondern die Stadtfarben aufgehängt; vor Schwarz-rot-gold schien es unüberwindliche Scheu zu haben. Doch wer will einer solchen vom Geiste des Spießertums beherrschten Stadt einen Vorwurf machen, wenn er gleichzeitig gewahrt, daß sich selbst in reichsöffentlichen Gebäuden zweieinhalb Jahre nach der Flucht Wilhelm II. noch immer die Symbole des Monarchismus spreizen: In Wunstorf, an der Haupt- stadt Köln-Berlin gelegen, fand ich im Wartesaal 1. und 2. Klasse des Bahnhofes nicht weniger als fünf Kaiser- bilder. Wunstorf wurde aber noch übertrumpft von Büd- burg. Dort zählte ich im Wartesaal 1. und 2. Güte sogar acht Exemplare dieser Art. Der Wartesaal eines Bahnhofes ist ein öffentlicher Ort. Wir dürfen wohl an das Reichsverkehrsministerium die Frage richten, warum dieser monarchistische Unfug immer noch geduldet wird, und warum nicht längst allgemeine Anweisungen ergangen sind, diese Symbole verfallener Zeiten restlos zu entfernen. Wunstorf und Büd- burg bilden doch gewiß keine Einzelfälle.

Es ist, geradeheraus gesagt, ein Skandal, daß solche Dinge überhaupt noch möglich sind. Zu erklären ist das aber daraus, daß sich die große Mehrzahl der leitenden Beamten noch mit Wilhelm dem Fortgelassenen innig verbunden fühlt und die demokratischen Staatsformen mit ausgiebigem Haß beehrt. Etwas weniger Gutmütigkeit, etwas mehr Rücksichtslosigkeit muß solchen Erscheinungen gegenüber von denjenigen unserer Parteifreunde gefordert werden, die im Reich oder den Einzelstaaten in regierenden Stellen sitzen. Ich habe feinerzeit leider feststellen müssen, daß im Sitzungssaal des Reichsministeriums des Innern am Königsplatz im beherrschenden Mittelpunkt ein Kaiserbild hing. Ist es heute verschwunden? Wenn nicht, dann wird der jetzige sozialdemokratische Innenminister hoffentlich sehr bald dafür sorgen.

Vorhin sprach ich von Büd- burg. Dort hat man zwar im November 1918 den Fürsten abgesetzt, der Fürst aber und mit ihm das Büd- burger Bürgerturnen benehmen sich, als ob überhaupt nichts vorgefallen sei. Die Schaumburg-Lippesche „Hoffammer“ ist mächtiger als die offizielle Regierung dieses Ländchens, zumal der abgesetzte Fürst über gewaltige Vermögenseinkünfte verfügt. In der ehemaligen Residenzstadt ist jeder zweite Geschäftsmann immer noch Hoflieferant und mir wurde versichert, daß vor einiger Zeit der Fürst, als er von einer längeren Reise zurückkehrte, vom gesamten Bürgerturnen höchst feierlich, mit Festzug, Ansprachen usw. empfangen worden sei. Jenes französische Blatt hatte schon recht, als es feinerzeit spottete, Deutschland sei eine Republik ohne Republikaner. Mit Ausnahme allerdings der Arbeiter, denen der republikanische Gedanke in Fleisch und Blut übergegangen ist. In dem „fürstlichen Bad Eissen“, ebenfalls Privateigentum des abgesetzten Fürsten von Schaumburg-Lippe, hatte ich übrigens ein recht bezeichnendes weiteres Erlebnis. Ich sprach mit einem der Wächter des Kur- parkes; der Mann redete dabei fortgesetzt vom „Herrn Major“, der dies und das befohlen habe. Auf meine Frage, ob denn der Kaiser Badebetriebe militärisch organisiert sei, ver- kündete er Grinsen. Der Kurdirektor ist ein pensionierter Offizier und läßt sich von seinen Untergebenen mit seinem ehemaligen Rang anreden. Die bürgerlichen Bedegäste tun selbstverständlich daselbe. Der Geist des Monarchismus und der des Militarismus gehören untrennbar zusammen.

Es ist schade, daß die Reise unseres Gewährsmannes ihn nicht auch über Lübeck geführt hat. Hätte er hier doch noch etwas ganz anderes erleben können. Schwarz-weiß-rote Fahnen auf öffentlichen Gebäuden an dem Tage, wo die Reichs- regierung den zweiten Jahrestag der Weimarer Verfassung feierlich begeht.

Wenn wir uns in den letzten Tagen nicht schon etwas zuviel mit den „Lübeckischen Anzeigen“ beschäftigt hätten, so böte sich heute eine glänzende Gelegenheit, für unseren Mit- wochartikel über die monarchistische Treuherrigkeit einen Bei- weis zu bringen. In belustigend harmloser Weise behauptet das Blatt, schwarz-weiß-rot seien die deutschen Farben, usw. Deutschland ist in seinen Augen offenbar immer noch eine Monarchie. Und wer die monarchistische Flagge hißt, der tut es nur der deutschen Republik zu Ehren. „Aber an Wilhelm, nein an Wilhelm den ersten Kaiser“, der auf Schwarz-weiß-rot schwört. Was will man eigentlich gegen sozial blaueugige Harmlosigkeit sagen? Sagt man: „Kerl du läßt!“ dann schüttelt er nur melancholisch den Kopf, daß man seinem treuen Herzen sozial Schlechtigkeit zutraut. Der geriebene Bruder weiß genau, wie jaul es um seine Sache bestellt ist, sobald er nur ein wahres Wort sagt. Da er aber doch nicht eingesehen kann, daß er ein Lügner ist — weil er dann sofort verrückt wäre —, spielt er den Unin- telligenten; und weiß Gott, er macht's so gut, daß man mitunter tatsächlich an der Leistungsfähigkeit seines Gehirns zweifeln könnte.

Wir bringen dieses kleine Zitat heute zum zweiten Male. Es ist dies im allgemeinen nicht gerade üblich, aber es paßt so ausgezeichnet auf die Behauptungen des „Amtsblat- tes“ in der Flaggenfrage, daß wir der Verhöhnung, es noch einmal abzubringen, doch nicht widerstehen konnten.

Nachklang der Verfassungsfeier.

Der Reichskanzler hatte in seiner Rede im Opernhaus daran hingewiesen, daß die demokratische Republik bei den Abstimmun- gen in Schleswig-Holstein, in Westpreußen und Oberschlesien ihre Regierungsmacht deutlich geoffenbart hat. Solch ein Satz mag natürlich die Rechtspreche argern. Das kann man verstehen. Die Herren wissen nur zu genau, daß der Reichskanzler Recht hat, wenn er die große Anziehungskraft der deutschen Republik bei den verschiedenen Abstimmungen hervorhebt. Rechtlich ist es, wenn sich jetzt die „Kreuzzeitung“ auf diese Verzeigerung des Reichs- kanzlers stützt und von neuen Entschlossenheiten spricht.

die eine energische Zurückweisung forderien. Der Satz Dr. Wirths darf nicht wahr sein. Das paßt der Reaktion nicht in ihren Kram. Der Berichterstatter der „Kreuzzeitung“, der anstehend der Verfassungsfeier beizuwohnt, erzählt deshalb den Lesern der „Kreuzzeitung“, der Satz Dr. Wirths könne deshalb nicht stimmen, weil ja im Laufe der letzten Jahre bei allen Wahlen im Reich und in den Ländern das deutsche Volk andauernd von den republikanischen Parteien abgewendet habe. Der Herr Bericht- erstatter meint also, die Anziehungskraft Deutschlands wachse in demselben Verhältnis, in welchem die Reaktion in Deutschland erstärke.

Wenn wir uns recht erinnern, gab es in Deutsch-Oesterreich einmal so etwas wie eine Anschließbewegung. In dieser Anschließ- bewegung spielten die österreichischen Sozialdemokraten nicht ge- rade die letzte Rolle. Die Sehnsucht Deutsch-Oesterreichs, mit Deutschland vereinigt zu werden, existierte schon und zwar sehr stark, als in Deutschland noch keinerlei Wahlen etwas vom An- wachsen der Reaktion gezeigt hatten. Auch die Abstimmungen in Schleswig-Holstein und in Westpreußen fanden statt zu einer Zeit, als in Deutschland die republikanischen Parteien eine immerhin beträchtliche Stärke aufwiesen und bei der Abstimmung in Ober- schlesien handelte es sich vor allem darum, ob die Proletarier in großer Masse für Deutschland stimmten oder nicht. Diese Prole- tarier haben in großer Masse für Deutschland gestimmt. Und da sie im übrigen demokratisch oder sozialdemokratisch wählen, kön- nen sie unmöglich für Deutschland gestimmt haben, weil in Deutsch- land die Reaktion wieder etwas stärker geworden ist.

Nicht weil die Reaktion in Deutschland einige Fortschritte ge- macht hat, sondern trotz dieser Fortschritte haben bei den Ab- stimmungen viele für Deutschland gestimmt, weil sie von der Re- publik mehr erhoffen konnten, als sie vom alten kaiserlichen Deutschland zu erhoffen hatten.

Wird es nicht belustigend, von den Herren auf der Rechten zu hören, die Reaktion in Deutschland sei in Wirklichkeit der Magnet, der bei den Abstimmungen die Herzen an Deutschland hinde. Haben die Herren gar kein Gedächtnis? Wissen sie nicht, daß die Schwierigkeiten, die heute Deutschland bei den Abstim- mungen entstehen, gerade auf die Sünden der alten Zeit zurück- zuführen sind? Es gab doch einmal ein deutsches Land mit dem Namen Elsaß-Lothringen. Dieses Land war einige Jahrzehnte bei dem deutschen Reiche. Aber nur ein politischer Idiot wird be- haupten wollen, daß das kaiserliche Deutschland in Elsaß-Loth- ringen moralische Eroberung gemacht hat. Die Herren auf der Rechten können die Tatsache nicht aus der Welt hinausreiben oder hinauszeichnen, daß das alte Deutschland alles, nur kein Magnet für die Grenzdeutschen war. Im Gegenteil. Die Politik gegen- über Elsaß-Lothringen, die Politik gegenüber Schleswig-Holstein, die Politik gegenüber den Polen in Oberschlesien — wer kennt das lange Sündenregister nicht? — war wirklich nicht dazu an- getan, um moralische Eroberungen zu machen. Und nun kommen Leute her, Leute dieses alten Geistes, Leute dieser alten Politik, und möchten der Welt einreden, die deutsche Republik habe nur des- halb Abstimmungsstöße zu verzeichnen, weil dieser alte Geist, diese alte Politik in Deutschland wieder auflebe. Kein Tag vergeht, ohne daß die Herren auf der Rechten die deutsche Reichsverfassung in Grund und Boden kritisieren. Aber diese Reichsverfassung übt eine Anziehungskraft aus, die Deutschland sehr zugute kommt. Nicht die Reaktion, sondern die von der Reaktion geschmähte Reichsverfassung ist der Magnet, den die Polen fürchten. Nie- mand anders als die deutschnationalen „Ökumenische Morgenpost“ bestätigt das; denn das deutschnationalen Blatt schließt sich dem Urteil einer polnischen Zeitung an, die die deutsche Verfassung die vorzüglichste der Welt nennt.

Die Herren der „Kreuzzeitung“ müssen schon ihre eigene Parteipresse lesen, etwas gründlicher lesen, wenn sie sich nicht lächerlich machen wollen.

Der Hunger und die Aussichten einer Koalitionsregierung in Sowjetrußland.

Nicht nur im Auslande, wo man politische Kombinationen rasch schmiedet, sondern auch in Sowjetrußland selbst drängt sich nach den neuesten Informationen vielen die Frage auf: wird nicht endlich angefangen der großen Natur- katastrophe, die ja die Sowjetregierung an die außerhalb der kommunistischen Partei stehende Gesellschaft bereits zu appellieren zwang, diese Regierung kapitulieren — nicht nur im Sinne völligen Abgangs, sondern wenigstens der Bildung einer Koalitionsregierung oder wenigstens einer sozialistischen Einigung? Ueber die Tragweite dieser Frage braucht man sich nicht zu verbreiten. Zu prüfen sind nur die Aussichten auf ihre praktische Verwirklichung im gegenwärtigen politischen Augenblick.

Eine ganze Reihe von Beweisen läßt sich dafür anführen, daß die Aussichten selbst in dem heutigen, für die Sowjet- regierung scheinbar äußerst kritischen Augenblick minimal sind. Wohl hat die Regierung sich zur Bildung eines „all- russischen Hilfskomitees für die Hungernden“ bemüht gesehen, das nicht weniger als 63 Personen umfaßt; wohl hat sie an die Spitze der Finanzkommission, die jetzt mit dem Auslande wegen der materiellen Hilfsaktion verhandeln soll, sogar den früheren zaristischen Minister Rutler berufen. Aber unter den 63 Personen des Komitees kommt — und das ist sicher kein Zufall — nicht eine einzige der sozialistischen Opposition angehörnde, also ein Sozialrevolutionär oder ein Menschewik, vor. Bei der offiziellen Ankündi- gung dieser Hilfsaktion wurden ferner deren Teilnehmer ausdrücklich davor gewarnt, „mit der Politik etwas gemein- sam zu haben“. Als das Komitee sich aber konstituierte, und von der Regierung verschiedene Garantien (unter anderem — was nicht einmal unter der Zarenregierung vorkam — daß die Lebensmittelvorräte unterwegs nicht gestohlen wurden) erbat, antwortete der Sowjetvertreter Kamenow, die beste Garantie sei die immer noch bestehende Diktatur des Prole- tariats, die auch die Schranke für die Tätigkeit des Komitees bilde. Endlich aber bildete das Allrussische Zentralerfütu- tionsteil als höchstes behördliches Organ jüngst aus eigenen Mitteln heraus ein eigenes Komitee, das „in Kontakt“ mit allen anderen Hilfsorganisationen treten, d. h. wohl, diese überwachen soll.

Von einer sozialistischen Einigung aber ist nicht nur keine Rede, sondern die sozialistische Opposition, namentlich die („rechten“ und „mittleren“) Sozialrevolutionäre, bleiben die erklärten Feinde — dies Verhältnis beruht auf Gegenseitig- keit — der Sowjetregierung. Sie bleiben nach wie vor in den Gefängnissen eingesperrt, ja den Inassen wird die natür- lich nicht ganz glaubwürdige Anlage gemacht, sie hätten vom Gefängnisse aus einen „Aufstand“ organisiert, dort ein revo- lutionäres „Archiv“ angelegt usw. Daß die Sozialrevolutionäre allerdings nicht schlafen, sondern den Moment nach Kräften auszunutzen beabsichtigen, zeigt der kürzlich von der „Kolja Kojin“ veröffentlichte Parteiaufruf „An alle Bür- ger“, ausgegeben in Moskau am 15. Juli. Wir bringen daraus die prägnantesten Punkte: „Kieber mit der verbräute- ten Politik der Bolschewiki, die eine wirksame Bekämp- fung des Hungers verhindern; Herabsetzung der Notent- scheidungen; die Bekämpfung der Hungerkatastrophe an die

Hungernden auszuteilen sind; Schluß mit den Unterschlän- gungen der Kommunisten; Befreiung der Konsumgenossen- schaften“. Dieser so revolutionär beginnende Aufruf schließt aber doch mit der Aufforderung, an Hilfskomitees für die Hungernden, auch an solche behördlichen Charakters, teilzu- nehmen und „innerhalb“, „vor allem aber außerhalb dieser Organisationen die breiten Volksmassen über die wahren Ursachen des Hungers aufzuklären“. — Der zweite Punkt streift die Hauptsache: Die Sowjetregierung steht und fällt mit der Roten Armee. Alles kommt auf das Maß an, in dem es ihr gelingen wird, auch diese vor dem Hunger zu be- wahren.

Hardings Konferenz-Einladung.

Washington, 12. August. Präsident Harding erließ an die Regierungen Frankreichs, Englands, Japans, Italiens und Chinas folgende Einladung:

Der Präsident der Vereinigten Staaten ist von der herz- lichen Antwort tief bewegt, die auf seine Anregung gegeben wurde, daß eine internationale Konferenz zur Einschränkung der Rüstungen im Zusammenhang mit der Erörterung der Frage des Stillen Ozeans und den Problemen des fernen Ostens einberufen werde.

Jede produktive Arbeit stirbt unter den wirtschaftlichen Lasten, die bereits zu schwer geworden sind für die Stetigkeit und Sicherheit der sozialen Gerechtigkeit. Für die Sicherheit des Friedens wäre es sehr unproduktiv, wenn man nicht auf dem Wege der Abrüstungen Fortschritte machen wollte. Die ungeheuren Ausgaben, die sich aus dem Wettbewerb bei den Rüstungen erklären, verhindern nationalen Aufschwung und nationales Glück. Die Ausgaben dieser Art sind nicht nur wirtschaftlich nicht gerechtfertigt, sondern sind eher eine

ständige Bedrohung des Weltfriedens als ein Schutz oder eine Sicherheit gegen den Ausbruch eines Krieges. Deshalb müssen die Mächte sofort eine Grundlage treffen für Abmachungen, damit die Rüstungen eingeschränkt werden. Die Zeit, diese Frage auf einer Konferenz zu erörtern, ist außerordentlich günstig. Die Erörterung der Einschränkung der Rüstungen zur See soll zwar den ersten Platz einnehmen, aber es sollen dabei nicht Fragen ausgeschlossen sein, die sich auch auf andere Rüstungen beziehen, damit alle praktischen Maßnahmen getroffen werden können, die notwendig sind. Es sollen bestimmte Vorschläge formuliert werden, die im Interesse der Menschheit liegen. Es ist klar, daß der Weltfriede in keiner Weise als gefährdet betrachtet werden kann, wenn nicht der lebhafteste Wunsch besteht, den Frieden zu erhalten, was nur dadurch geschehen kann, daß die Rüstungen eingeschränkt werden. Es sollen

die Ursachen,

die zu Mißverständnissen führen könnten, beseitigt werden. Es ist der ernste Wunsch der amerikanischen Regierung, daß durch einen solchen Gedankenaustausch bindende Beschlüsse zustande kommen, namentlich eine Lösung der Frage des Pazifischen Ozeans und der Probleme des fernen Ostens, die in dieser Zeit von besonderer Bedeutung sind. Die amerikanische Regierung hat nicht die Absicht, die Anschauungen mitzuteilen, die bei der Erörterung der Frage des Stillen Ozeans und im fernen Osten vertreten werden. Sie wünscht deshalb nicht, daß vor der formellen Konferenz bereits Erörterungen stattfinden, doch wünscht sie, daß die offiziellen Erörterungen in einem Geiste der Freundschaft und herzlichster Würde stattfinden. Alle Möglichkeiten zu beseitigen, soll der Zweck der endgültigen Ent- scheidung sein. Die Konferenz, zu welcher hiermit die Regierung der Vereinigten Staaten die Regierungen von Großbritannien, Frankreich, Italien, Japan und China einlädt, wird am 11. November in Washington eröffnet werden.

Gehaltserhöhung der Angestellten?

Berlin, 12. August.

In der Erkenntnis, daß die jetzt gezahlten Gehälter für die bei den Behörden Angestellten im Hinblick auf die immer mehr um sich greifende Teuerung unzulänglich sind, hat der Allgemeine freie Angestelltenbund (Afa) bei der Reichs- und der Preussischen Staatsregierung den Antrag gestellt, die Gehaltsbezüge der Angestellten allge- mein, insbesondere aber die der jugendlichen und der in den unteren Vergütungsgruppen des Reichsstatistikvertrages vom 4. Juni 1920 eingereichten Behörden-Angestellten einer durch- greifenden Aufbesserung zu unterziehen. Für die Bureau- und Verwaltungangestellten ist hierbei der Zentral- verband der Angestellten beteiligt.

Besprechungen beim Reichskanzler.

Berlin, 12. August.

Beim Reichskanzler fand heute eine eingehende Aussprache über die gesamtpolitische Lage statt, woran, wie schon mitgeteilt, Reichspräsident Loeb und der stellvertretende Vorsitzende des Reichstagsausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Müller-Franken, teilnahmen. Die Besprechungen werden morgen mit Strejeman, dem Vorsitzenden des Reichs- tagsausschusses für auswärtige Angelegenheiten, der inzwischen in Berlin eingetroffen sein wird, wieder aufgenommen. Gegen- stand der heutigen Aussprache war bei der Erörterung der auswärtigen Politik insbesondere die oberste politische Frage. Der Reichskanzler legte den Ausgangspunkt, die Richtung und das Ziel seiner Politik mit allen Kon- sequenzen klar. Auch die Steuerpolitik, die für die Leistungen Deutschlands grundlegend ist, war der Gegenstand eingehender Würdigung, ebenso wurde die für die deutsche Leistungsfähigkeit und das deutsche Budget bedeutungsvolle Frage der Lohn- und Gehaltsempfänger erörtert. Ueber den Zeitpunkt des Zusammentritts des Reichstagsausschusses für auswärtige Angelegenheiten konnte begrifflicherweise Endgültiges noch nicht festgestellt werden.

Bierreise statt Putschreise.

Das Pariser Blatt „Matin“ brachte am Dienstag in ziemlich sensationeller Aufmachung die Nachricht, der ehe- malige Zar Ferdinand von Bulgarien sei am Sonntag in Sofia eingetroffen und habe am Montag einen Besuch versucht, der aber mißlungen sei.

Nun enthält das Rumbacher Blatt „Bayerische Rund- schau“ am Mittwoch eine Lokalnotiz, die die „Matin“-Mel- dung glänzend dementiert. Die in ebenso logischem wie an- spruchlosem Deutsch geschriebene Notiz lautet:

„Soher Besuch. Unter dieser Spitzmarke wird uns von einem Leser mitgeteilt: Am Montag weihte der ehemalige König Ferdinand von Bulgarien, der bekanntlich jetzt seinen Wohnsitz in Koburg hat, ohne alle Begleitung in unserer Stadt, besichtigte dieselbe, verkehrte in sozialer Weise mit einer Anzahl hiesiger Bürger, ließ sich in einigen Wirtschaften ein Glas Kummacher gut schmecken und oeffnete uns wieder mit dem nach 3 Uhr von hier abgehenden Zuge.“

Darnach huldigt der ehemalige bulgarische Zar gut bürgerlich-soliden Anschauungen. Er verkehrte just an dem Tage, an dem er gepudert haben sollte, mit den Bürgern der berühmten Bierstadt, trank mit ihnen, beendete aber die Bierreise bereits um 3 Uhr (wohlgemerkt: nachmittags!) Ein solcher Mann putzt nicht. Er ist vielleicht froh, daß er nicht fern von Kumbach in Sofia zu revidieren braucht!

Sicherung des Achtstundentags.

Der Achtstundentag muß eingehalten werden. Der Unternehmer ist verpflichtet, auch seine Arbeiter dazu anzuhalten. Das bayrische Oberlandesgericht hat entschieden: Der Arbeitgeber ist selbst dann strafbar, wenn er die 8 Stunden überschreitende Arbeit des Arbeitnehmers, zu der sich dieser freiwillig erboten oder herbeiläßt, in seinen gewerblichen Betrieben auch nur duldet. Es ist belanglos, daß die Arbeiten einerseits zu einem regelmäßigen Fortgang des Betriebes unbedingt notwendig waren, andererseits nur außerhalb des regelmäßigen Betriebes ausgeführt werden konnten, es sei denn, daß eine längere Beschäftigung des Arbeiters von zuständiger Stelle genehmigt war.

Es ist also verboten, einen Arbeiter länger als 8 Stunden zu beschäftigen, ohne daß besondere Genehmigung dazu eingeholt ist. Durch ein Rundschreiben des Reichsarbeitsministeriums wird die selbständige Anordnung von Ueberstunden durch den Betriebsleiter nur in außergewöhnlichen Fällen für zulässig erklärt, in denen die Notwendigkeit unverzüglicher Vornahme von Ueberstundenarbeit unerwartet eintritt.

Handel und Arbeitslosigkeit.

Von Dr. Alfred Striemer.

Bereits während des Krieges mußten wir beobachten, daß mit zunehmender Warenknappheit die Zahl der Händler wuchs. Dieser Vorgang der Vermehrung der Händler hat sich nach dem Krieg bis zur Gegenwart in erheblichem Umfang fortgesetzt. Ganz zweifellos ist eine sehr große Zahl von Personen, die vor der Arbeitslosigkeit standen, in den für sie neuen Händlerberuf übergegangen, um sich einen Lebensunterhalt zu schaffen. Jeder erreichbare Laden und Keller ist wieder mit einer Handlung belegt, und die Zahl der Straßenhändler hat sich ganz gewaltig gesteigert. Die Ladengeschäfte klagen über die Konkurrenz der Straßenhändler, und doch geschieht das durchaus mit Unrecht. Denn entweder haben wir Gewerbefreiheit, dann hat eben jedermann das Recht zum Handel, oder wir haben keine Gewerbefreiheit, wir haben eine Konzessionierung des Handels, dann kann der Handel nur dem wirklichen Bedarf gemäß vermehrt werden.

Es unterliegt gar keinem Zweifel, das die Gewerbefreiheit die Möglichkeit geschaffen hat, die Kosten der Erwerbslosenunterstützung in die Warenpreise hineinzuschreiben, sodaß sie durch eine Erhöhung der Warenpreise aufgebracht werden.

Wenn in einem Wohnbezirk die Zahl z. B. der Zigarrengeschäfte sich vervielfacht hat, sich außerdem noch Straßenhändler dort aufhalten, so geht zweifellos den sonst vorhandenen gewesenen Zigarrenhändlern ein sehr großer Teil, vielleicht der dritte bis vierfache Teil ihres Umsatzes verloren, während der Rest des Umsatzes ausreicht, um die Existenz des Händlers zu sichern. Da ist es gar nicht anders denkbar, als daß der Händler den Verdienst am Stück veräußert Ware ganz erheblich erhöhen, d. h. den Verkaufspreis heraufsetzen muß. Möglich wird das aber dadurch, daß eben auch die neue Konkurrenz des Händlers mit ihrem kleinen Umsatz zu hohen Preisen verkaufen muß, die wenigstens das Existenzminimum ergeben. Denn, wenn das nicht herauskommt, gibt der neue Händler sein Geschäft auf und zieht es vor, Erwerbslosenfürsorge in Anspruch zu nehmen.

Durch Einsetzen einer wirtschaftlichen Hochkonjunktur würde sich das Bild ja bald ändern, da ein Teil der Händler wieder in die Industriearbeit zurückströmen würde. Wir sehen ja, das auf dem Gebiet des Baugewerbes bereits starker Mangel an Arbeitskräften herrscht und die Eisenbahnverwaltung angegangen ist, ihre große Zahl von ungelerten Bauarbeitern, die heute mit anderen Arbeiten beschäftigt werden, durch Beurlaubung frei zu geben.

Während also im freien Handel durch Akte der Selbsthilfe sich eine große Anzahl von Menschen mit hineingeschoben haben mit der Wirkung einer erheblichen Verteuerung der Waren des täglichen Bedarfs, sind auf dem Gebiet der Produktion Zwangsmassnahmen erforderlich gewesen, um mehr Menschen in sie hineinzuschleusen als zur Gütererzeugung notwendig sind, indem die Kurzarbeit in erheblichem Umfang durchgeführt wird. Auch in den Verwaltungen stehen bekanntlich viel mehr Menschen als zur Bewältigung der Arbeit notwendig sind.

Wer trägt denn nun aber die Kosten dieser Ueberfütterung? Einzig und allein die große Masse der Arbeiter, Angestellten und Beamten, der Kleingewerbetreibenden, Rentner und Arbeitslosen, sie können für ihr Einkommen von Monat zu Monat weniger kaufen, weil die Verkaufspreise ständig steigen. Und jede Lohnerhöhung, die diese und jene Gruppe sich unter Ausnutzung der Hochkonjunktur erkämpft, trägt sie vom nächsten Tag ab in verteuerten Waren selbst mit. Wie eine Kugel, die sich selbst in den Schwanz beißt, verteuert sich die Arbeiterschaft die eigenen Existenzmittel zum eigenen Bedarf durch alle weiteren Lohnerhöhungen selbst, da die Kapitalgewinne davon nicht beeinträchtigt werden.

Würden aber die Kapitalgewinne selbst völlig erfaßt werden, so würden durch den Ausfall des Luxusbedarfes wiederum Millionen Arbeitskräfte freigesetzt und an anderen Stellen müßte doch das unentbehrliche Wirtschaftskapital zur Inangahaltung der Wirtschaftsmaschine neu gebildet werden.

Dannach gäbe es also für uns aus diesem verhängnisvollen Kreislauf gar kein Entrinnen mehr?

Allerdings sind wir als deutsches Volk nur ein Glied der Weltwirtschaft und von der Aufnahmefähigkeit der Weltwirtschaft für unsere Erzeugnisse außerordentlich stark abhängig. Aber es läßt sich auch bei uns erhebliches besorgen, wenn wir die Gütererzeugung im eigenen Lande und für den eigenen Bedarf rationell steigern.

Es ist ein für ein Volk wie das deutsche unwürdiger Zustand, daß bei uns in so riesiger Zahl Arbeitskräfte leer stehen oder an den fast leeren Tischen stehen und handlunglos während draußen auf dem Lande durch Entfernung des Unkrauts, Bekämpfung der Schädlinge und Rigolen des Bodens eine gewaltige Produktionssteigerung erreicht werden könnte, die uns besser und

billiger ernähren würde. Denn der deutsche Boden ist es nun einmal in erster Linie, der uns ernähren soll. Nicht aber kann es die Kurzarbeit. Des weiteren brauchen wir dringend eine planmäßige Wirtschaftsführung. Unsere Wirtschaft ist eher alles andere, bloß keine planmäßige, in der die Kräfte überlegt und zielklar zusammengefaßt und geordnet werden. Wie das geschehen kann, darüber berätet uns die Betriebsrätezeitung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes eingehend. Hier ist nicht der Platz das zu tun. Aber Pflicht jedes deutschen und sozialistischen Arbeiters ist es, sich mit diesem wichtigsten wirtschaftlichen Problem zu beschäftigen. Mit Schlagwörtern schaffen wir es wahrlich nicht.

Volkswirtschaft

Wirtschaftspolitische Rundschau.

Die Kohlenversorgung in Gefahr. — Das Stickstoffsyndikat. — Die Konzentration in der Brauindustrie. — Die Warenversorgungsstelle der Gewerkschaften. — Die Steuerpolitik der Regierung.

Zu den vielen Gefahren, die unsere Volkswirtschaft bedrohen, gehört leider auch wieder die mangelnde Kohlenversorgung. Wenn wir in diesem Jahre bisher leidlich ausgekommen sind, so ist die Erklärung nicht in der vermehrten Kohlenförderung zu suchen, sondern in dem geringeren Anspruch der Industrie, die bei der schlechten Geschäftslage erheblich ihre Anforderungen zurückgestellt hat. Dazu kommt, daß erfreulicherweise die Förderung der Braunkohlen stark zugenommen und die Bemühung, die Industrie in größerem Umfang zur Braunkohlenförderung zu veranlassen, Erfolge aufzuweisen hat. Diejenigen Industrien, die auf Steinkohlen angewiesen sind, und dabei besonders bessere Qualitäten beanspruchen, klagen noch fortgesetzt über mangelnde Belieferung. So ist die Zementindustrie leider noch nicht voll beliefert, obwohl sie in der Lage wäre, bei erhöhter Produktion größere Mengen zur Ausfuhr bereit zu stellen. Kommen wir in den nächsten Monaten zu einer besseren Beschäftigung in der Industrie, so haben wir leider damit zu rechnen, daß die volle Ausnutzung der Konjunktur durch mangelnde Kohlenbelieferung in Frage gestellt wird. Ein solcher Zustand wäre natürlich auch vom Standpunkte der Arbeiterinteressen aus unerträglich, denn unsere Aufgabe muß es sein, keine Behinderung in der Entwicklung der Industrie aufkommen zu lassen. Die Arbeitslosigkeit hat uns schwere Wunden geschlagen und es wäre geradezu unerträglich, wenn wir durch ungenügende Leistungen in der Kohlenförderung die Milderung in der Arbeitslosigkeit aufhalten würden. — Die Kohlenversorgung im Osten Deutschlands ist durch den Ausfall der ober-schlesischen Kohle sehr dürftig. Kommen wir in einen harten Winter, so werden wir auch im Haushalt den Kohlenmangel schwer empfinden.

Nach dem letzten Bericht über die Lage des Ruhrkohlenbergbaus betrug die Gesamtförderung an Steinkohlen im 2. Quartal d. J. nur 22,6 Mill. To. gegen 23,9 Mill. To. im 1. Quartal. Dieser Rückgang ist im wesentlichen zurückzuführen auf die fast restlose Beseitigung der Ueberflachten. Die Belegschaft der Kohlenzechen hat sich im letzten Vierteljahr um 6487 Mann erhöht. Es kann mithin nicht angenommen werden, daß durch Rückgang der Arbeiterzahl die mindere Leistung zu erklären ist. Immerhin würde es ungerecht sein, den Rückgang der Förderung nur auf die Minderleistung der Belegschaft zurückzuführen, vielmehr ist anzunehmen, daß auch die Betriebsunternehmungen es nicht verstehen, technisch ihre Unternehmungen so zu fördern, daß sie eine erhöhte Produktion erzielen. Gegenüber den vielfachen Anfeindungen der Sozialisierungsbestrebungen ist die Tatsache festzustellen, daß es bei einer vollständig freien Betätigung der Bergwerksunternehmungen nicht möglich war, bisher auch nur annähernd wieder zu den gleichen hohen Lieferungen im Bergbau zu kommen, wie vor dem Kriege. Wenn von den Interessenten behauptet wird, die Sozialisierung bringe die Gefahr, daß wir mit unserer Produktion nicht auf die nötige Höhe kommen, so hat der Privatbetrieb gegenwärtig bereits den Nachweis geführt, daß ihm nicht möglich ist, das zu erreichen, was uns so oft als Vorzug der freien Wirtschaftsbeschäftigung gerühmt wurde. Schlimmer kann es bei der Sozialisierung nicht werden, als gegenwärtig bei der freien Wirtschaft.

Die Warenversorgungsstelle der Gewerkschaften, die aus staatlichen Mitteln unterstützt, in der Zeit der schwersten Krise in der Textilindustrie durch Abnahme von Waren eine Erleichterung schuf, wird jetzt reichlich mit Unmut gelohnt. So behauptet die Textilindustrie, sie sei gegenwärtig genügend beschäftigt, und der Handel beschwert sich über die ihm unangenehme Konkurrenz. Beide Argumente können nach unserer Auffassung nur dazu dienen, dieses Unternehmen noch weiter zu stützen, und es ist erfreulich, daß die Regierung vor kurzem abermals einen, wenn auch geringen Betrag zur Förderung des Unternehmens zur Verfügung gestellt hat. Die Bemühungen der Warenverkaufsstellen haben in der Arbeiterschaft allgemein Anerkennung gefunden und es steht wohl zu hoffen, daß die Gewerkschaften mit der nötigen Entschiedenheit für die Aufrechterhaltung dieser Unternehmungen tätig sind.

Die Regierung hat ihr Steuerprogramm aus den unklaren Andeutungen herausgehoben und die Gesetze bekanntgegeben, die den Reichstag in den kommenden Tagen beschäftigen werden. Allerdings sind uns die Einzelheiten der Vorlagen nur dürftig skizziert, aber wir kennen nur den Kurs, der eingeschlagen werden soll. Das Programm wird nicht gerade mit ungeeilter Freude aufgenommen; aber es scheint, als ob von rechts her der Widerstand weniger entschieden ist, als in den linksstehenden bürgerlichen Kreisen. Diejenigen, die sich mit den Finanzfragen beschäftigen haben, sehen zu ihrem Entsetzen, daß auf dem hier beschrittenen Wege der Steuergesetzgebung das große Loch in unserem Reichsetat für absehbare Zeit nicht gestopft werden kann. Das bedeutet aber, daß wir weiter zur Notenpresse greifen und daß mit der Notenpresse die weitere Entwertung unserer Zahlungsmittel eintreten muß, dem auf der anderen Seite eine Erhöhung der Preise auf dem gesamten Warenmarkt entgegensteht. Es kommt ferner hinzu, daß die Berechnung, die seinerzeit vom Reichsfinanzministerium aufgestellt wurde, wonach wir in der Einfuhr auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung große Ersparnisse machen können, da die heimische Produktion in erhöhtem Maße unseren Bedarf decken könne, als eine verfehlte Spekulation zu erachten ist. Wir werden unter der freien Getreidewirtschaft und dem Ergebnis der Ernte nicht eine Verminderung der Einfuhr an Lebensmitteln, sondern eine Erhöhung zu erwarten haben. Das bedeutet wiederum eine größere Inanspruchnahme von Zahlungsmitteln für die Deckung dieser Einkäufe und damit ein weiteres Abwärtsgehen in unserer Finanzlage. Wenn sich die Regierung nicht entschließt, unter diesem Zwang der Verhältnisse stärker in den Besitz einzugreifen, als sie nach ihrem Steuerprogramm beabsichtigt, so können wir in eine politisch und wirtschaftlich schwere Katastrophe hineingeraten. Die Sozialdemokratie wird all ihren Einsatz aufbieten müssen, um die Bemühungen, die vom Reichswirtschaftsministerium ausgehen, für die auch die Zustimmung in der sozialdemokratischen Fraktion und der unabhängig sozialdemokratischen Partei vorhanden ist, mit aller Entschiedenheit zu stützen und zu fordern, daß die unentgeltliche Haltung der Regierung aufgegeben wird. Harte Zeiten und außerordentliche Umstände erfordern auch die Anwendung von Mitteln, die über das allgemeine Schema hinausgehen. Kann sich die Regierung zu diesem Entschluß nicht aufraffen, so wird sie im Volk nicht die Unterstützung finden, die sie für ihr weiteres Bestehen so notwendig gebraucht.

Devisen-Kurse.

Hamburg, 12. August.

Amtliche Devisennotierung an der Hamburger Börse.

	12. August.	11. August.
Holland	100 fl. 2672.50	2647.50
Kopenhagen	100 Kr. 1920.—	1292.50
Stockholm	100 Kr. 1735.—	1705.—
Kristiania	100 Kr. 1062.50	1047.50
Helsingfors	100 finn. Mk. 124.50	124.50
Schweiz	100 Frs. 1400.—	1375.—
Wien (alt)	100 K. —	—
do. (neu)	100 K. 10.75	12.—
Budapest	100 K. 23.50	24.50
Prag	100 K. 102.50	102.50
Spanien	100 Pesetas 1067.50	1065.—
London	1 £ 303.—	299.50
Paris	100 Frs. 650.—	640.60
Belgien	100 Frs. 627.—	620.—
Italien	100 Lire 364.—	360.—
N. York telegr. Ausz.	1 Doll. 82.82	82.87
do. briell. Ausz. od. Scheck	82.82	82.12
Bukarest	100 Lei —	—

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Angelommen am 12. August 1921.

Dampfer	Segler	Schiffname	Kapitän	Herkunftsport	Fahrtzeit	Lage	Stk
D.		Weisfalia	Needer	Kopenhagen			1
D.		Mammuth	Houquette	Cherbourg			3
D.		Ramler	Bouffard	Cherbourg			3
S.		Seeschwalbe	Krull	Boresgrund			10

Angelommen am 13. August 1921.

D.		Otto Joppen 26	Höbe	Stettin			7
D.		Westly	Sulbed	Friedrichshaven			2
S.		Uranus	Mäder	Sahnis			3
S.		Bornege	Johnsson	Karrebiltsminde			3
S.		Gdelgard	Wrede	Mügen			2
S.		Helene	Zolgan	Wolgast			2
S.		Burgadina	Landström	Sabot			1

Zu den internationalen Konzernen, die sich in der Nachkriegszeit augetan haben, gehört auch das Stickstoffsyndikat, dessen Treiben zu verfolgen nicht uninteressant ist. Wie bekannt, hat vor dem Kriege die Verwendung von Chili-Salpeter für die deutsche Landwirtschaft eine große Rolle gespielt. Durch die Herstellung von künstlichem Stickstoff ist der Bedarf nach Chili-Salpeter sehr in den Hintergrund gedrängt und die Regierung von Chile, die aus der Ausfuhr dieses wertvollen Düngemittels finanziell ein sehr gutes Geschäft macht, sieht sich in den Abnahmefähigkeiten nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern stark beengt. Der Handel ist bis jetzt von englischen Großfirmen beeinflusst, die in Verkennung der Lage des Marktes große Bestände von Chili-Salpeter zu hohen Preisen herangezogen haben. Man spricht davon, daß diese zu einem Interessenverband vereinigte Gesellschaft 900 000 To. Chili-Salpeter in Europa lagern habe. Diese Interessentenclique geht nun darauf hinaus, künstlich den Preis von Chili-Salpeter auf eine gewisse Höhe zu halten, während zugleich das deutsche Stickstoff-Syndikat den Chilisalpeterpreis nicht niedriger wünscht als den Preis, den es selber für Nitron-Salpeter festsetzt. Dazwischen kommt nun die Regierung von Chile, die wiederum die Stöckung im Absatz befestigen will, und ihre Preise erheblich zu ermäßigen beabsichtigt, damit die Aufnahmefähigkeit des Marktes behoben wird. Gegenwärtig sind Bemühungen im Gange, diesen Interessentenkonflikt auszugleichen. Aber zu billigen Preisen werden wir nicht kommen. Das kapitalistische Interesse geht einen anderen Weg.

Die Nachkriegszeit hat wie schon wiederholt hervorgehoben wurde, die Tendenz zum Zusammenbruch größerer Betriebe stark gefördert. Sehr bemerkenswert ist ein Ueberblick über die Konzentrationsbestrebungen in der Brauindustrie. Die Beschränkung in der Produktion und damit im Zusammenhang die Verteilung von Kontingenten an die Brauereien hat dazu geführt, daß die kleineren Unternehmungen vielfach stillgelegt wurden und die ihnen erteilten Kontingente an größere Unternehmungen veräußert. Berlin steht in diesen Konzentrationsbestrebungen an der Spitze. Es handelt sich heute nur noch um drei maßgebende größere Unternehmungen, von denen das eine, die Ostwerke — Schultheiß — Pagenhofer — Kahlsbaum, sogar dazu übergegangen ist, sich bedeutende Unternehmungen der Mör- und Spiritfabrikation anzugliedern. Die Folge dieser Konzentrationsbestrebungen ist, daß nun den 23 229 Brauereien, die in Deutschland im Jahre 1913 zurzeit noch etwa 7500 in Betrieb sind.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für den übrigen Teil August Schulz; für Interate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Freistaat Lübeck.

Sonnabend, 13. August.

Schwarz-rot-gold.

Neudeutschlands Fahnen, teuer jedem Herzen,
Du unsrer Väter stolzer Farbenflor,
Du steigst ob einem Meer von Qual und Schmerzen,
Ein altes, heiliges Symbol, empor.

Wie manche Hand hob in vergangenen Zeiten
Im Schwure sich zu dir, die nie verläßt!
Wie manche Faust dich hielt nach wackrem Streiten
Im Tobestampfe ritterlich umfaßt.

Schwarz ist die Trauer, die wir alle tragen,
Rot ist das Blut, das, ach, in Strömen rann,
Doch golden wird ein neuer Frühling tagen,
Weißt du, o heil'ges Zeichen, uns voran.

O, führe du hoch über Erdenböte,
Du unsrer Einheit hehres Unterpfand,
Aus schwarzer Nacht durch lichte Morgenröte
In goldne Zukunft unser Vaterland!

R. Ettlinger.

Bezirksparteitag in Lübeck.

Wir berufen hiermit den diesjährigen Bezirksparteitag zum Sonntag, dem 2. und Montag, dem 3. Oktober, nach Lübeck, Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50, ein. Als vorläufige Tagesordnung ist festgesetzt:

- 1. Geschäfts- und Kassenbericht.
- 2. Bericht über die Presse.
- 3. Bericht der Landtagsfraktion.
- 4. Die politische Lage.
- 5. Bildungsarbeit im Bezirk.
- 6. Beratung der Anträge.
- 7. Wahl des Ortes, in dem der nächste Bezirksparteitag stattfinden soll.

Anträge zum Bezirksparteitag, die in der gedruckten Vorlage mit aufgenommen werden sollen, müssen bis zum 19. September in unseren Händen sein.

Ortsvereine mit bis 500 Mitglieder wählen 1, von 500 bis 1000 2, und für jede weiteren 500 Mitglieder einen Delegierten. Der Bezirksparteitag wird am Sonntag, dem 2. Oktober, mittags 1 Uhr pünktlich eröffnet. Referenten werden noch bekanntgegeben.

Der Bezirksvorstand.

Im Auftrage: Wilhelm Krüger.

Gute, nützliche Elemente!

Wenn die deutschnationalen Kriegsheker ihre Blutschuld am fürchterlichsten Kriege ableugnen, so tun sie das meist mit dem Hinweis darauf, daß das zaristische Rußland und seine Machthaber durch ihre Mobilisierung die Verantwortung für den ungeheuren Massenmord tragen. Die Suchmilitar, Krimet-Korsakoff und wie sie alle heißen, seien die eigentlich Schuldigen. Wenn das wahr ist, und zweifellos ist es nicht ganz falsch, dann muß der Fluß des deutschen Volkes diese Schlächter der Menschheit treffen, zumal sie ja auch die Ursache unseres Elends sind. Millionen Mütter, Witwen, Waisen und Krüppel verwünschen sie. Diese russischen Kriegstreiber, die aus ihrem eigenen Lande vor der Rut der Opfer ihrer schändlichen Politik fliehen mußten, haben nun die Kaiser ungläubliche Dreistigkeit, sich in dem von ihnen überfallenen Deutschland häuslich niederzulassen und sich in komfortablen Wohnungen einzunesteln. Dabei sind Hunderttausende Deutscher wohnungslos oder müssen zusammengedrückt in unzulänglichen Räumen haufen.

Man sollte nun glauben, daß diese Tatsache die Entrüstung aller, vor allem der sogenannten Nationalgeleiteten erregen müßte. Doch weit gefehlt! Die Kriegstreiber beider Länder fühlen schon wieder die schönste Seelenharmonie. Nachdem nämlich das Berliner Wohnungsamt endlich dem Standal ein Ende macht und dem „nationalistischen Klub“ der Kriegsverantwortlichen, der sich in der Reichshauptstadt eingenistet hat, die von ihm beanspruchten Räume etwas beschnitten hat, zehren die Deutschnationalen ganz gewaltig, aber nicht etwa über die frivolen Angreifer Deutschlands, sondern — über das Berliner Wohnungsamt, das nicht genügend auf die Bequemlichkeit dieser Russen Rücksicht nimmt, die im Zeichen der Wohnungsnot den deutschen Kriegsteilnehmern die Schaffung von Wohngelegenheit mindestens erschweren.

Das vortreffliche lübsche Amtsblatt, die deutschnationalen „Lübeckischen Anzeigen“, weint blutige Tränen darüber, daß für so „gute und nützliche Elemente“, wie diese russischen Kriegsheker es seien, nicht der gewünschte Luxus vom Berliner Wohnungsamt zugestanden wird und fordert das Eingreifen des auswärtigen Amtes!

Das ist echt deutsch-national! Mißachtung der Bedürfnisse der eigenen Volksgenossen, Liebedienerei gegenüber den zaristischen Kriegsschuldigen!

Die deutschen und russischen „guten, nützlichen Elemente“ offenbaren darin doch eine bewundernswerte Charakterverwandtschaft.

Schande über sie!

Lübecker Schiffsverkehr im Juli 1921.

(Nach den Zusammenstellungen des Statistischen Amtes.)

a) Seeschiffahrtverkehr. Es sind im Hafen 158 Dampfer, 58 Segler und 4 Seelichter, zusammen 220 (1920: 155) Handelschiffe mit 24 682 (27 314) Register-Tons Raumgehalt angekommen und 151 Dampfer, 53 Segler und 6 Seelichter, zusammen 210 (187) Handelschiffe mit 33 475 (31 263) Register-Tons Raumgehalt abgegangen. Beladen waren einkommend 135 Schiffe oder 60,5 % (58,1 %) und ausgehend 156 oder 74,3 % (79,1 %). Von den 430 Fahrten aller ein- und ausgehenden Schiffe kamen auf deutsche Häfen 111, auf fremde Häfen des Baltikums 6, auf finnische Häfen 43, auf schwedische 112, auf norwegische 16, auf dänische 130 Schiffe, auf englische und belgische je 1 Schiff und endlich auf die Hochseefischerei 3 Schiffe. Dem Tonnengehalt nach entfielen auf inländische Häfen 15 295, auf fremde Häfen des Baltikums 12 947, auf schwedische 20 021, auf norwegische 2806, auf dänische 13 688, auf englische 354, auf belgische 659 und auf die Hochseefischerei 784 Tons. Die deutsche Flagge führten 309 Schiffe, die ehemals russische 2, die finnische 30, die schwedische 51, die norwegische 1, die dänische 33 und die niederländische 4 Schiffe. Die eingebrachten Gütermengen beliefen sich auf 25 208 und die ausgeführten auf 23 290 Tonnen. Eingebracht wurden 8621 t Kohlen, 7808 t Erze, 3511 t Holz und 1032 t Holzmasse und Papier, ausgeführt dagegen 4617 t Salz, 3570 t Eisen und sonstige Metalle sowie Waren daraus, 2987 t Baustoffe und 593 t Düngemittel. Von der Gesamtfracht kamen auf Deutschland 11 628, auf Dänemark 558, auf das Baltikum 1314, auf Finnland 10 929, auf Schweden 15 409, auf Norwegen 4313, auf Dänemark 2902, auf Belgien 1600 und auf die Hochseefischerei 25 Tonnen.

b) Binnen-schiffahrtverkehr. Auf der Trave und auf dem Elbe-Trave-Kanal verkehrten 352 (298) Schiffe mit einer Tragfähigkeit von 95—792 (102 615) Tonnen, die 23 834 (29 264) Tonnen Güter einbrachten und 3268 (5702) Tonnen Güter mitnahmen. Beladen waren einkommend 165 Schiffe oder 89,7 % (95,6 %) ausgehend 38 Schiffe oder 20,3 % (24,2 %). Unter den angekommenen Gütern standen an erster Stelle Kalksteine (8934 t), Futtermittel und Sämereien (3496 t), Steine und sonstige Baumaterialien außer Holz (3373 t), Salz (2874 t), Düngstoffe (1462 t), Nahrungs- und Genussmittel (1020 t); die ausgeführten Güter bestanden zur Hälfte aus Bau- und Nutzholz sowie Holzwaren (1691 t).

Achtung, Tiefbauarbeiter, Maschinisten und Geiger! Der gesamte Bahnbau Schwarzau-Neustadt ist wegen Lohnkürzungen gesperrt.

Zum Streit im Friseurgewerbe. Wir geben hiermit bekannt, daß Einzelbewilligungen von Arbeitgebern nicht mehr angenommen werden. Wir verlangen den Abschluß eines Gesamtarbeits mit der Innung. Wehbe, Hansstraße hat seine Bewilligung zurückgezogen. Bentzien, Marktstr. hat noch nicht bewilligt; anders lautende Gerüchte sind falsch!

Achtung, Schuhmacher, Arbeiter! Ueber den Betrieb der Firma Robert Jensen, Hügelstraße 50, (Reform) ist seitens des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands (Zahlstelle Lübeck) die Sperre verhängt. Bericht folgt.

SPD-Beamte und Angestellte. (Abba). Sonntag, den 14. August Besichtigung der Genossenschaftsbäckerei und des Konsumvereins. Treffpunkt 9 1/2 Uhr vormittags im Hansaclub, Hansastr.

Achtung, Gewerkschaftsleiter! Wir bitten, umgehend die Abrechnungen über den Kartenverkauf des Gewerkschaftsfestes mit derjenigen Stelle vorzunehmen, von der die Kassierer die Karten empfangen haben. Die Abrechnung muß sofort erfolgen, da das Polizeiamt seinerseits die Abrechnung verlangt.

Das Festkomitee.

Auszahlung von Kriegsgefangenen Guthaben. Den aus England heimgekehrten Kriegsgefangenen wird bekanntgegeben, daß die durch die Hauptkasse für das Kriegsgefangenenwesen, Berlin SW. 68, Schützenstraße 3, auf Grund ihrer dort vorgelegten Guthabeneingangsbelege und des Reichs gezeichneten Guthabenscheine ausgezahlten Gelder nur vom Reich geleistete Vorstöße darstellen und daß die endgültige Abfindung erst nach Eingang der fremdstaatlichen amtlichen Guthabenscheine erfolgen kann. Die erwünschten Guthabenscheine sind durchweg unverbindlich, auf private Anfragen erteilte Auskünfte der englischen Regierung, die weder Unterzeichner noch Stempel tragen und daher als amtliches Material nicht anzusehen sind. Denjenigen Heimkehrern, die aus England in der Zeit vom November 1918 bis Ende August 1919 zurückkehrten, wird dabei ein Umrechnungskurs von 50 Mark für 1 £tr. herangezogen, weil dieser Kurs den Durchschnittskurs dieser Zeit darstellt. Für die nach dem 1. September 1919 aus England Heimgekehrten und für alle aus Frankreich Zurückgekommenen wird der Kurs des Entlassungstages aus dem Durchgangslager gewählt. Ein weitergehendes Entgegenkommen ist bei der Finanzlage des Reiches nicht möglich. Die Übernahme der Heimkehrer, die fremdstaatlichen Regierungen hätten den ihnen noch zustehenden Arbeitsverdienst in bar an die deutsche Regierung gefordert, ist unzureichend. Berücksichtigungen an Arbeitslohn haben noch nicht stattgefunden, sondern es sind nur teilweise Mitteilungen über die Höhe der bei der Entlassung der Kriegsgefangenen aus feindlicher Hand bestehenden Guthaben (Guthabenscheine) eingegangen. Die in diesen Listen vermerkten Guthaben im Gesamtbetrage von etwa 43 000 £tr. sind bereits zur endgültigen Auszahlung gelangt. Die Forderungen der Kriegsgefangenen bestehen nicht gegen das Deutsche Reich, sondern gegen die ehemals feindlichen Regierungen. Wenn das Reich eine vorläufige Auszahlung vor dem Eingang der amtlichen Guthabenscheine leistet, so geschieht das freiwillig und aus Entgegenkommen für die Heimgekehrten. Einen rechtlichen Anspruch darauf haben sie nicht. Sie müssen sich daher mit der zugefallenen Abfindung vorläufig begnügen und im übrigen das Ergebnis der in ihrer Sache unternommenen diplomatischen Schritte abwarten. Ein weiteres Entgegenkommen der Reichsregierung besteht darin, daß auch ohne Beibringung von englischen Guthabenscheinen ein Voranschuss bis zu 100 Mark auf den verdienten Arbeitslohn gezahlt wird, wenn ein solcher Anspruch irgendwie glaubhaft gemacht wird.

Die Aufhebung der Freifahrt für Eisenbahnbeamte und Angestellte ist von der Reichsverkehrsverwaltung in Aussicht genommen, da sich diese Veranlassungen nach Ansicht der genannten Behörde nicht mehr rechtfertigen lassen.

Achtung, Arbeiter, Angestellte und Beamte Lübecks! Im kommenden Montag, abends 7 1/2 Uhr, gelangt im Gewerkschaftshaus das revolutionäre Schauspiel „Freiheit“ von Herbert Kranz durch streikende Schauspieler des Altonaer Stadttheaters zur Aufführung. Vorstand des A. D. G. B. und KfA bitten durch regen Besuch die Schauspieler zu unterstützen. Wir verweisen auf die Inhaltsangabe in der gestrigen Zeitung. Auf die Ursachen des Streiks kommen wir noch zurück. Arbeitnehmer Lübecks übt Solidarität, sorgt für einen regen Besuch der Vorstellung. — Alle diejenigen, die Karten zum Vertrieb erhalten haben, werden ersucht, die unverkauften Karten am Montag zurückzugeben, damit sie an der Kasse verwandt werden können.

Die drei gerechten Kammacher.

Erzählung von Gottfried Keller.

6. Fortsetzung.

Jenseits der Schweinsborste aber ragte eine ganz geringe Erhöhung, wie ein kleines blaues Gebirge, welches einen zarten Schlaglichter über die Borste weg nach den glückseligen Inseln hinüberwarf. Ueber dies Gebirge hatte er schon den ganzen Winter gegrübelt, da es ihm dünkte, als ob es früher nicht dagesehen wäre. Wie er nun mit seinem traurigen, düselnden Auge daselbe suchte und plötzlich vermehrt, traute er seinen Sinnen kaum, als er statt desselben einen kleinen kahlen Fied an der Mauer fand, dagegen sah, wie der winzige blaue Berg nicht weit davon sich bewegte und zu wandeln schien. Erstaukt fuhr Jöbst in die Höhe, als ob er ein blaues Wunder sähe, und sah, daß es eine Banze war, welche er also im vorigen Herbst achlos mit der Farbe überstrichen, als sie schon in Erstarrung dagesessen hatte. Jetzt aber war sie von der Frühlingswärme neu belebt, hatte sich aufgemacht und stieg eben in diesem Augenblicke mit ihrem blauen Rücken unbedröffen die Wand hinauf. Er blickte ihr gerührt und voll Bewunderung nach; solange sie im Blauen ging, war sie kaum von der Wand zu unterscheiden, als sie aber aus dem geträumten Bereich hinaustrat und die letzten vereinzelten Spritze hinter sich hatte, wandelte das gute himmelblaue Tierchen weit hin sichtbar seine Bahn durch die dunkleren Bezirke. Behnützlich sah Jöbst in den Föhlen zurück; so wenig er sich sonst aus dergleichen machte, rührte diese Erscheinung doch jetzt ein Gefühl in ihm auf, als ob er doch endlich wieder wandern müßte, und es bedünkte ihm ein gutes Zeichen zu sein, daß er sich in das Unabänderliche ergeben und sich wenigstens mit gutem Willen auf den Weg machen sollte. Durch diese ruhigeren Gedanken fühlte seine natürliche Besonnenheit und Weisheit zurück, und indem er die Sache näher überlegte, fand er, daß wenn er sich ergebungs- voll und bescheiden anstellte, sich dem schwierigen Werke unterziehe und dabei sich aufzunehmere und klug verhalte, er noch am ehesten über seine Nebenbuhler obliegen könne. Sachte stieg er aus dem Bette und begann seine Sachen zu ordnen und vor allem seinen Schah zu heben und zu unterst in das alte Felleisen zu verpacken. Darüber erwachten jauchend seine Gefährten; wie diese sahen, daß er so gelassen sein Bündel schnürte, verwunderten sie sich sehr und noch mehr, als Jöbst sie mit verständlichen Worten anredete und ihnen einen guten Morgen wünschte. Weiter ließ er sich aber nicht aus, sondern fuhr in seinem Geschäfte still und fieberfertig fort. Sogleich, obgleich sie nicht wußten, was er im Schilde führe, witterten sie eine Kriegslust in seinem Benehmen und ahmten es auf der Stelle nach, höchst aufmerksam auf alles, was er ferner beginnen würde. Hierbei war es seltsam, wie sie alle drei zum erstenmal offen ihre Schätze unter den Kissen hervorzogten und dieselben, ohne sie zu zählen, in die Kammern verlegten. Denn sie wußten schon lange, daß jeder das Geheimnis der übrigen kannte, und nach aller ehrbarer Art misstrauen sie

sich nicht in der Weise, daß sie eine Verletzung des Eigentums befürchteten, und jeder wußte wohl, daß ihn die anderen nicht betrauben würden, wie denn in den Schlafkammern der Handwerks- gesellen, Soldaten und dergleichen kein Verstoß und kein Mißtrauen bestehen soll.

So waren sie unversehens zum Aufbruch gerüstet, der Meister zahlte ihnen den Lohn aus und gab ihnen ihre Wanderbücher, in welche von der Stadt und vom Meister die allerhöchsten Zeugnisse geschrieben waren über ihre gute andauernde Führung und Vortrefflichkeit, und sie standen wehmutsvoll vor der Haustüre der Züs Wäzlin, in lange braune Röde gekleidet mit alten verwaschenen Staudhemden darüber, und die Hüte, obgleich sie zerjährt und abgeburkt genug waren, sorglich mit Wachsleinwand überzogen. Hinten auf dem Felleisen hatte jeder ein kleines Wägelchen befestigt, um das Gepäck darauf zu ziehen, wenn es ins Weite ginge; sie dachten aber die Röder nicht zu brauchen, und deswegen ragten dieselben hoch über ihrem Rücken. Jöbst kückte sich auf einen ehernen Rohrstoß, Kribolm auf einen rot und schwarz gefamnten und gemalten Eisenstab, und Dietrich auf ein abenteuerliches Stodungschneuer, um welches sich ein wildes Geflecht von Zweigen wand. Er schämte sich aber beinahe dieses prahlerischen Dinges, da es noch aus der ersten Wanderzeit herstammte, wo er bei weitem noch nicht so gekleidet und vernünftig gewesen wie jetzt. Viele Nachbarn und deren Kinder umstanden die ersten drei Männer und wünschten ihnen Glück auf den Weg. Da erschien Züs unter der Türe, mit feierlicher Miene, und zog an der Spitze der Gesellen gefamnten Mutes aus dem Tore. Sie hatte ihnen zu Ehren einen ungewöhnlichen Staat angelegt, trug einen großen Hut mit mächtigen gelben Bändern, ein rosafarbenes Dienstmädchen mit verschönten Ausladungen und Verzierungen, eine schwarze Sammetkappe mit einer Lombaknalle und rote Saffianstühe mit Kranten befestigt. Dazu trug sie einen grünleidenen großen Reittüll, welchen sie mit gedörrien Birnen und Pflanzen gefüllt hatte, und hielt ein Sonnenschirmchen ausgepannt, auf welchem oben eine große Lora aus Eisenblech stand. Sie hatte auch ihr Medaillon mit dem blonden Haarstrahl umgehängt und das goldene Verahmeinnicht vorgesteckt und trug weiche gestriete Handschuhe. Sie sah freundlich und zart aus in all diesem Schmud, ihr Antlitz war leicht gerötet und ihr Busen schien sich höher als sonst zu heben, und die ausstehenden Nebenbuhler wußten sich nicht zu lassen vor Wehmüt und Betrübniß; denn die äußerste Lage der Dinge, der schöne Frühlingstag, der ihren Auszug beschien, und Züs' Bus mitfühlten in ihre gesamnten Empfindungen fast etwas von dem, was man wirklich Liebe nennt. Vor dem Tore ermahnte aber die freundliche Jungfrau ihre Liebhaber, die Felleisen auf die Röderchen zu stellen und zu ziehen, damit sie sich nicht unnötigerweise ermüdeten. Sie taten es, und als sie hinter dem Stadlein hinaus die Berge hinaufzogen, war es fast wie ein Krähentreiben, das da hinaufbrachte, und oben eine Batterie zu besetzen. Als sie eine gute halbe Stunde dahingezogen, machten sie halt auf einer anmutigen Anhöhe, über welche ein Kreuzweg ging, und lehrten sich unter einer

Linde in einem Halbkreis, wo man einer weiten Aussicht genoh und über Wälder, Seen und Ortschaften weghab. Züs öffnete ihren Beutel und gab jedem eine Handvoll Birnen und Pfäulen, um sich zu erfrischen, und sie aßen so eine geraume Weile schweigend und ernst, nur mit den schmalenden Zungen, wenn sie die süßen Früchte damit zerdrückten, ein sanftes Geräusch erregend.

Dann begann Züs, indem sie einen Pflaumenkern fortwarf und die davon gefärbten Fingerstippen am jungen Gras abwuschte, zu sprechen: „Lieben Freunde! Sehet, wie schön und weitaufgä die Welt ist, ringsherum voll herrlicher Sachen und voll Wohnungen der Menschen! Und dennoch wollte ich weiten, daß in dieser feierlichen Stunde nitgenbs in dieser weiten Welt vier so rechtfertige und gutartige Seelen beieinander versammelt seien, wie wir hier sind, so sunreich und bedachtsam von Gemüt, so zugegan allen arbeitssamen Webungen und Tugenden, der Eingezogenheit, der Sparsamkeit, der Friedfertigkeit und der innigen Freundschaft. Wie viele Blumen stehen hier um uns herum, von allen Arten, die der Frühlings hervorbringt, besonders die gelben Schilffelblumen, welche einen wohlriechenden und gelunden Tee geben; aber sind sie gerecht oder arbeitam? Sparsam, vorfichtig und geschickt zu klugen und lehrreichen Gedanken? Nein, es sind unwissende und geistlose Geschöpfe, unbeseelt und vernunftlos vergeden sie ihre Zeit, und so schön sie sind, wird ein totes Feu daraus, während wir in unsrerer Tugend ihnen so weit überlegen sind und ihnen wahrlich an Zier der Gestalt nichts nachgeben; denn Gott hat uns nach seinem Bilde geschaffen und uns keinen göttlichen Odem eingeblasen. O, könnten wir doch ewig hier so sitzen in diesem Paradiese und in solcher Unschuld; ja, meine Freunde, es ist mir so, als wären wir sämtlich im Stande der Unschuld, aber durch eine lüdenlose Erkenntnis veredelt; denn wir alle können, Gott sei Dank, lesen und schreiben und haben alle eine geschickte Handtierung gelernt. Zu vielem hätte ich Geschick und Anlagen und getraute mir wohl, Dinge zu verrichten, wie sie das gelehrteste Fräulein nicht kann, wenn ich über meinen Stand hinausgehen wollte; aber die Bescheidenheit und Demüt sind die vornehmsten Tugenden eines rechtlichaffen Frauensimmers, und es genügt mir zu wissen, daß mein Geist nicht wertlos und verachtet ist vor einer höheren Einsicht. Schon viele haben mich begehrt, die meiner nicht wert waren, und nun auf einmal sehe ich drei würdige Junggeleuten um mich versammelt, von denen ein jeder gleich wert wäre, mich zu besetzen! Bemehlet darnach, wie mein Herz in diesem wunderbaren Weherflusse schmachten muß, und nehmt Euch jeder ein Beispiel an mir und denkt Euch; jeder wäre von drei gleich werten Jungfrauen umhüht, die sie begehrt, und er könnte sich um deswillen zu keiner hinneigen und gar keine bekommen! Stellt Euch doch recht lebhaft vor, um jeden von Euch hülfeten drei Jungfern Geminin, und sehet sie um Euch her, gekleidet wie ich und von gleichem Ansehen, so daß ich gleichsam verneinacht hier vorhanden wäre und Euch von allen Seiten anblühte und nach Euch schmachtete! Tut Ihr dies?“ (Fortsetzung folgt.)

Die schwarz-weiße rote Flaggen demonstrierende. Die Ausschmückung des Bahnhofs zur Reichstagswoche erfolgte, wie wir erfahren, von den Kriegervereinen. Die Lübeck-Büchener Eisenbahndirektion hat dieses Gebäude jenen Vereinen bereits willig für diese Zwecke überlassen. Anders liegen die Dinge natürlich bei der Besetzung des Hofentors, eines öffentlichen Gebäudes. Bekanntlich wehte am Donnerstag auf kurze Zeit auch die schwarz-weiße rote Fahne von den Türmen des Hofentors. Sie wurde, nachdem die Lübecker Arbeiterschaft mit Recht über diese antirepublikanische Demonstration empört war, entfernt. Von leitender Stelle war, wie wir ferner erfahren, keine Anweisung zu dieser Besetzung ergangen. Die öffentlichen Gebäude unterstehen dem Bauamt. Nun hatte sich Baurat St u b e r n d, der im Kriegerverein eine leitende Stellung bekleidet, sich an das Bauamt mit der Bitte um Ueberlassung sämtlicher Fahnen gewandt. Dieser Bitte wurde entsprochen. Als aber der Leiter des Bauamtes, Senator Dr. St o b b, erfährt, daß die Arbeiterschaft Antrag an der Besetzung genommen hatte, gab er die Anweisung, alle Fahnen einzuziehen. Die „Lü. Anz.“, die heute morgen darüber jammerten und nicht wußten, wer die Entfernung vorgenommen hat, wissen es jetzt. — Hoffentlich geht der Lübeckische Staat bald dazu über, daß er sich für die öffentlichen Gebäude die schwarz-rot-goldene Fahne zulegt. Zeit wird es!

Der „rote“ Bismarck. Das Bismarckdenkmal am alten Bahnhof ist in letzter Nacht von Unzufriedenen mit roter Farbe angegriffen worden. Die Reinigung wurde bereits heute morgen in Angriff genommen.

Sonderabonnement der literarischen Gesellschaft im Stadttheater. Für die kommende Spielzeit hat die literarische Gesellschaft einen Zyklus von 20 Veranstaltungen im Stadttheater angekündigt. Und zwar sollen 10 Abendvorstellungen (sechs ausgewählte literarische Werke des Schauspielers, vier Opern) und 10 Tagesspiele gegeben werden. Die Abonnementpreise (zwischen 50 und 150 Mk. oder 2,50—7,50 Mk. pro Vorstellung) sind so niedrig gehalten, daß man annehmen sollte, die Plätze würden in kürzester Zeit vergriffen sein. Aber leider läßt das Interesse des Publikums bisher alles zu wünschen übrig. Und es ist zu fürchten, daß der Plan nicht durchgeführt werden kann, weil die Beteiligung viel zu gering ist. Und das wäre jedenfalls im Interesse desjenigen Publikums, das nicht in der Lage ist, die teureren regulären Abonnementpreise oder gar Tagespreise zu zahlen, aufs tiefste zu beklagen. Hoffentlich wächst das Interesse an diesem Sonderabonnement doch noch, damit es noch in letzter Stunde gesichert wird. Anmeldungen werden mündlich oder schriftlich von 9—2 Uhr in der Theaterkanzlei entgegen genommen.

Naturhistorisches Museum. Am kommenden Sonntag (14. 8.) wird die Pflanzenausstellung im Treppenhause wieder eröffnet. Die überaus große Hitze des heutigen Sommers hat die Entwicklung der Pflanzenwelt derart beschleunigt, daß schon Wildfrüchte reifen und Herbstblumen erscheinen, daneben werden, besonders wenn die Nebelschläge zunehmen sollten, in steigender Zahl Pilze zur Ausstellung gelangen. Unter den Gartenpflanzen stellt eine schöne Kollektion von Geranien, die von Herrn Schlobach-Mölln dem Museum dankenswerterweise zur Verfügung gestellt wurde, eine Sehenswürdigkeit dar. Neben einigen Raupenentwicklungen wird ein an einem Tageweizweig kunstvoll befestigtes Nest der mittleren Wespe, Vespa media, ausgestellt, das aus dem Garten des Herrn Oberpostsekretär H o w e - Israelsdorf stammt. Unsere wegen ihrer Wachsfähigkeit gefürchteten Wespen gehören zu den geschicktesten Baufähigsten unter den Insekten. Von Einstiegsöffnungen und trockenen Baumrinden schaben die Tiere mit Hilfe ihrer Rieser feinste Holzfasern ab und fleben sie mit ihrem Speichel zu einer papierartigen Masse zusammen, die geradezu das Vorbild bei der Gewinnung unserer größeren Papiersorten, etwa des grauen Löschpapiers, abgegeben haben könnte. Die Wächter werden um die Brutkammer in kugelförmigen Schichten herumgelegt, sodaß die Brut vorzüglich geschützt ist. Herr Direktor Albert hat, um auch das Innere eines solchen Baues sehen zu können, gleichzeitig einen Schnitt dazu gestellt, der die Anordnung der Wache zeigt.

Stadttheater. Am Sonntag nachmittag wird für den Arbeiter-Bildungsverein „Hoffmanns Erzählungen“ gegeben. Am Sonntag abend gastiert Fräulein W ol f f von der Volksoper Hamburg als Amelita in „Masternball“. Montag gelangt noch einmal der wichtige Schwank: „Die Seele schwinget sich...“ zur Wiederholung. Im Kolosseum findet das erste vollständige Konzert am Montag statt.

Badeanstalt Falkenbäum. Wassermwärme am 13. August morgens 6 Uhr 19 1/2°; mittags 12 Uhr 19 1/2° Celsius.

bp. Diebstähle. In der Zeit von Montag, den 8., bis Mittwoch, den 10. d. M. ist aus einem Hause in der Plönniesstraße ein Brillantring mit 2 größeren und mehreren kleineren in Platin gefassten Brillanten gestohlen worden. Für die Wiederherbeschaffung des Ringes ist eine Belohnung von 10 Proz. des Wertes ausgesetzt. — Am 11. d. M. ist in einem Konfektionsbureau in Travemünde ein goldenes Gliederarmband mit breiten flachen Gliedern abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. — Aus einem Hause der Longnystraße wurde in der Nacht zum Freitag, dem 12. d. M. ein graubraunes Frettchen gestohlen.

Das Mädchen.

Von Kurt Kläber.

Sie stand an dem hohen Automaten, der die kleinen Messingfellel Franz, so klein und blaß, daß sich die dunklen Mauern über sie neigen wollten wie bergende Hände.

Sie hatte ihn gern, den großen eisernen Stampfer, und wenn sie ihr blaßes Gesicht an seine Wände drückte, mußte sie immer ihre Arme um ihn schließen und ihn an die Wärme ihrer Brüste drücken.

Sie war erst 18 Jahre, aber das Blut ließ schon schneller in ihren Adern, und wenn sie so fest an ihm lehnte, daß das kleine Herz zum Zerplatzen kloppte, war ein Armen in ihr — noch verschlossen — aber es wollte sich immer öffnen.

Liebe war es, ihre erste Liebe, und da sie ganz allein in dem dunklen Vorraum stand und keinen Menschen hatte, den sie lieben konnte, schloß sie ihre Arme um seinen Leib und drückte ihren Mund in seine eisernen Röhre. Doch sein Leib blieb hart und verschlossen, raidernd trarnten die Räder, und hörend lautete der Stempel in die Horn. Aber ihre Liebe war größer als seine Härte und sie warb um ihn Tag für Tag. Sein graues Gewand mußte glänzen, die Hebel und Messingköpfe mußten glitzern und nach jedem Feiertag brachte sie ihm einen Strauß Waldblumen oder einen Linnenast. Auch all ihre Nieder sang sie ihm und erzählte von der Mutter, von dem Bruder, dem kleinen Haus am Walde und dann auch von dem jungen Schloßler.

Su — das wars, seit dem Tag hörte der Eisen auf ihren Klappermund und sie erzählte ihm alles. Wie groß und stark er war, daß er braune Augen hatte und einen schwarzen Bart und daß er sie immer so anstarrte. Da jagten die Wellen schneller und der eiserne Arm sankte nieder, als wollte er Schwelgen und Horn zerhacken, sogar ihre Hand hätte er bald einmal zerhauen. Sie öffnete aber nicht, daß der Eisen bis sein konnte und den Schloßler hätte, denn sie hatte ihn damals noch nicht lieb und erst später, als sie den ersten Kuß von ihm bekam und am anderen Morgen ihr Gesicht vor Scham in keinen grauen Leib verbergen wollte, hätte sie seinen Hof. Die Räder peitschten die Riemen immer wilder und der eiserne Arm schlug so unbarbarisch auf die kleinen Messingköpfe, daß sie sich vor ihm fürchtete. Da wollte sie erst alles aus ihrem Herzen reiben, was der junge Mensch ihr erzählt hatte, — aber als sie ihn dann wieder traf und erst selber sitzen konnte und die Wärme fühlte, die aus seinem Herzen in das ihre drückte, vergaß sie den Eisen ganz. Sie kannte in ihrem dunklen Vorraum nur noch von dem Schloßlers Lippen und von einem, was er ihr gesagt. — Erst dachte sie, der Eisen hätte

pb. Festgenommen wurde ein wegen Diebstahls von der Staatsanwaltschaft Schwerin gefuchter 27jähriger Arbeiter. — Ermittelt und festgenommen wurde ferner ein Reisender aus Tschau, der sich hierorts des Betruges und der Zerschneiderei schuldig gemacht hatte.

pb. Vermittelt wird seit dem 4. d. M. der in Warpendorf am 22. 1. 1907 geborene Schiffsjunge Johannes Smolka. Derselbe hat am 4. d. Mts. von einem in hiesigen Hafen liegenden Segler ordnungsmäßig abgemustert, doch ist er seit der Zeit verschwunden. Angaben über seinen Verbleib erbittet die Kriminalpolizei.

Angrenzende Gebiete.

.....unistische Wählerel.

Schwartau. Die Kommunisten, die in den Städten vielfach abgewirtschaftet und mit ihren Putschplänen eienbig Schiffsbruch gestitten haben, sind jetzt eifrig am Werke, die Landarbeiter für sich einzuzuziehen. Die Streiks der Landarbeiter werden in der gewissenlosesten und unverantwortlichsten Weise dazu benutzt, um die Arbeiter gegen die Organisations- und Streikleistungen, die das verbrecherische Treiben der Kommunisten im Interesse der Arbeiterschaft bekämpfen müssen, aufzuheben. Unwahrheiten, Verdrehungen und Verleumdungen werden vielfach zur Erreichung dieses Zweckes angewandt. Der Kampf richtet sich nicht gegen die Arbeitgeber, sondern fast ausschließlich gegen die Führer der Arbeiterschaft. Der Schaden, der von diesen Putschhänden angerichtet wird, wird leider häufig erst zu spät erkannt.

Der wegen Lohnkürzungen ausgebrochene Streik beim Bahnbau Schwartau-Neustadt gibt den Mostaujüngern nun Veranlassung, ihr verwerfliches Treiben mit allem Nachdruck und den verlogenen Mitteln auch hier zu entfalten. In den verschiedenen Ortschaften sind, wie uns mitgeteilt wird, die Kommunisten eifrig bemüht, durch unerfüllbare Versprechungen und lügenhafte Berichte einen Reiz in die Arbeiterbewegung zu treiben. Das darf nicht eintreten. Die Arbeiterschaft sei daher gewarnt. Zerspitterung und Uneinigkeit kann nicht den Arbeitern, sondern nur den Unternehmern nützen. Arbeiter, laßt Euch nicht beirren, steht treu zu Eurer Organisation, seid einig in diesem Abwehrkampf!

Neutkirchen. Ein Pastor, der seine Amtshandlungen verärgert. Man schreibt uns: Die Witwe des Bauunternehmers Keimers-Malkewitz und der frühere Gastwirt Gehler-Benz wollten vor einiger Zeit Hochzeit machen und hatten dies, zwecks kirchlicher Trauung, auch dem Pastor Koch in Neutkirchen mitgeteilt. Am Hochzeitstage fuhr also die ganze Hochzeitsgesellschaft in das Kirchdorf Neutkirchen bei Guin, wo sich auch das Standesamt der Gemeinde befindet. Sie kamen zur Kirche. Da, o Schreck! es war kein Pastor zu finden. Voller Verzweiflung schickte man ins Pastorat. Auch da kein Pastor. Der Gute war am schönen Ostseestrand und hatte die angemeldete Trauung einfach vergessen. Die ganze Hochzeitsgesellschaft mußte unverrichteter Sache wieder abfahren. Vom Pastorat telefonisch wurde man daraufhin dem Pastor. Er kaufte per Auto vom Timmendorfer Strand nach Malkewitz, wo es ihm gelang, das empörte Brautpaar zu einer Haustrauung zu bewegen. — Die Vergeltung des Pastors wird noch durch einen Fall illustriert, die der Schreiber dieser Zeilen selbst erlebt hat. Als der Herr eines Sonntags in einer Predigt eine Stelle aus einem Buche zitieren wollte und dabei gemühtlich von der Kanzel herab dem Kirchendiener zurief: „Ach, Herr Dohrmann, ich habe das Buch in der Sakristei vergessen, bringen Sie mir's bitte mal herauf.“ Der Kirchendiener erfüllte den Wunsch, der Pastor las die Stelle vor und die Predigt ging weiter. — Ja, das ist lässlich, stillisch!

Hamburg. Zwei Jahre republikanische Reichsverfassung. Am 11. August vor zwei Jahren trat die neue Reichsverfassung der deutschen Republik in Kraft. Aus diesem Anlaß wurde eine Verfassungskonferenz im großen Saal des Gewerkschaftshauses abgehalten. Viele Tausende hatten sich zu dieser würdigen Veranstaltung eingefunden und füllten in einer gewaltigen, dicht gedrängten Masse den weiten Raum und die Galerien. Saal und Bühne, sowie der Vorstandsflügel waren festlich geschmückt mit Blumen und Fahnen. Neben der schwarz-rot-goldenen Flagge der Republik fehlte selbstverständlich auch nicht die rote Fahne als das Zeichen sozialistischer Zukunftserwartung. — In der Stadt hatte man zahlreiche schwarz-rot-goldene Fahnen gehängt.

Hamburg. Ueberfall durch bewaffnete Räuber. Am Freitag abend war das Haus Zeughausmarkt 22/23 der Schauplatz eines Ueberfalles durch zwei mit Revolvern bewaffnete

Banden. Diese drangen nach Schluß der Geschäftszeit in die Wohnung des Uhrmachers C. Becker, wo ihnen die Ehefrau Becker entgegentrat. Der eine Räuber packte sie am Hals und würgte sie. Sie hatte aber noch die Kraft und die Geistesgegenwart, laut um Hilfe zu rufen. Dadurch wurden in der Nachbarschaft weilende Pferdewärter aufmerksam, die in das Haus eilten und den einen Räuber festhielten. Der andere wehrte seine Verfolger durch einen Revolver von sich ab und flüchtete in die Anlagen beim Bismarckdenkmal, wo er ergriffen wurde. Die empörte Menge bemächtigte sich des jungen Bürschens und richtete ihn derart zu, daß er schwerverletzt dem Hafentraktenhaus zugeführt werden mußte.

Hamburg. Ein zweiter Doppelraubmord? Am Donnerstag abend wurden in dem Geschäft „Hinter der Betzh.“ in der Nähe von Hagenbeds Sommer-Restaurant, zwei männliche Personen erschossen aufgefunden. Die benachrichtigte Polizei stellte fest, daß es sich anscheinend um einen Doppelraubmord handelt, wie aus der Lage und dem Zustand der Toten hervorgeht. Die Leichen haben anscheinend bereits einige Tage dort gelegen.

Schwerin. Kommunistische Putschversuche. Vom Deutschen Landarbeiter-Verband, Gauleitung Rostock, wird geschrieben: „In einigen Orten versuchen die kommunistischen Putschhände die Landarbeiterschaft in einen Streik zu treiben. „Offene Briefe“ werden abgesetzt, Generalstreiks anempfohlen, auch andere „Neuigkeiten“ veröffentlicht, jedoch gleich ein Ei dem anderen: Unwahrheit, Verdrehung, illegale Mittel, Zwangsmassnahmen gegen Verbandsvorstand, Gauleitung, Kreisleiter, Lohnkommissionsmitglieder und andere, welche die kommunistischen Umtriebe nicht aufheben, werden angewandt. Der Schaden und das Nachsehen verbleibt den Landarbeitern, die sich einfangen lassen. Den Landarbeitern wir eingeeimpft: allgemeiner Streik, also auch der Industriearbeiter, werde einsehen, um die Forderungen der Kommunisten durchzusetzen. Die „Volksmacht“ berichtet, es seien über 150 Güter am Streik beteiligt. Tatsache ist, daß nur einige Landarbeiter in wenigen Orten (weniger als 10) im Streik liegen. Frägt man nach den Ursachen, so bekommt man stets zur Antwort: „Wir sind auf die kommunistischen Redensarten reingefallen.“ Die Gauleitung warnt daher die Landarbeiter, auf kommunistische Putsche hinetnzufallen.“

Wittenburg. Das Opfer eines schweren Stillschreitungsverbrechens wurde ein junges Mädchen aus der Umgegend Wittenburgs. Dasselbe wurde von 5 Knechten aus Krumbel im Alter von 17 bis 22 Jahren auf der Landstraße überfallen, in den Chauffeurkarren gezerrt und von allen fünf Wüstlingen in schwerster Weise vergewaltigt. Die Unholde sind jedoch erkannt und wurden in das hiesige Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert. Alle fünf Inhaftierten besaßen nämlich jede Schuld; in die Enge getrieben, haben aber bereits 4 das Verbrechen eingestanden. Das bedauernde Opfer liegt krank darnieder.

Gautag des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten.

Im Schützenhause zu Birkow fand der vierte Gautag des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegeshinterbliebenen vom Gau Hamburg, dem auch Lübeck angeschlossen ist, statt. Die Tagesordnung war reichhaltig. Kam. Müller-Hamburg hieß alle Delegierten und Gäste herzlich willkommen. Das Unbenken der Kameraden, welche seit dem letzten Gautag der grüne Rasen deckt, wurde in der üblichen Weise geghrt. Kam. Ohmann-Birkow sowie Stadtrat Harder als Vertreter des Rats wünschten, daß gute Arbeit geleistet würde, die Delegierten möchten sich wohl fühlen in unserer Stadt und das Beschlossene in ihren Heimatsorten in die Tat umsetzen zum Segen der Opfer des Krieges. Weitere Ansprachen hielten Direktor Kijling von der Hauptfürsorgestelle Hamburg, sowie Kam. Hoppe für Schleswig-Holstein. Die Grüße des Bundesvorstandes überbrachte Kam. Bendner-Berlin. Es wurden die Mahnen der verschiedenen Kommissionen vorgenommen. Zur Leitung der Geschäfte des Gautages wurden gewählt: als 1. Vorz. Kam. Müller-Hamburg, als 2. Vorz. Kam. Ohmann-Birkow, als Schriftführer die Kam. Stammerjohn und Rehder-Bismar. Kam. Hoff gab den Geschäftsbericht. Dieser bewies, daß viel Arbeit geleistet worden ist seit dem letzten Gautage, die Gauleitung aber nicht die Mitarbeit der Ortsgruppen entbehren könnte. Wenn jedes Mitglied sich seiner Pflicht bewußt sei, so würde über noch bessere Resultate berichtet werden können. Die Rasenverhältnisse haben sich laut Bericht des Kam. Valentin gebessert. Wollte man aber in Zukunft mehr leisten, so müßte man aber auch über größere Mittel verfügen, denn die Umanerkennung der Renten, die Vertretung durch Mandatwähler, die Agitation durch Wort und Schrift verlangen in heutiger Zeit große Summen. Jetzt reichen wohl die Beiträge; wollen wir aber mehr leisten, dann müssen wir auch mehr bezahlen.

In der Diskussion der Berichte wurde von vielen Rednern die Leiden der Kriegsoffer, sowie die Schwierigkeiten vor dem Versorgungsgerichte vorgetragen. Man habe wohl früher sehr

alles vergessen, denn sein Arm faufte wieder gleichmäßig nieder und drückte die Scheiben zu Tellern. Aber dann war es ihr oft, als ob ein boshaftes Röhern in den Wellen toltte, und eine Angst war in ihr, die erst wieder wich, wenn die Feiertagsglocke durch die Hallen läutete. —

An einem Morgen war es dann geschehen, mit einem Strauß Anemonen war sie in die Fabrik gekommen und ihre Kleider trugen noch den Duft von Wald und Wiese. Sie mußte wohl müde gewesen sein und ihren Kopf wie immer in die eiserne Röhre gelegt haben. Die Räder hatten ihr Haar ergrät, und als sie erproden mit den Händen danach fassen wollte, waren die Hände in den großen Riemen gekommen. Der hatte sie an die Decke geschleudert. Nun lag sie am Boden — zerrissen. Ganz blaß war das kleine Gesicht wieder und die großen Augen blickten den eisernen Stampfer erschrocken an.

Jugendeln Mensch hatte die weißen Anemonen über ihren toten Leib gestreut.

Hundstagsphantasien

Des Berliner Zeitungsberichterstatters Schnellseher

Ein merkwürdiges und für die ungewöhnliche Hitze bezeichnendes Phänomen konnte die Mannschaft eines Doppelterriers des Rudertubs „Helmsbrunn“ feststellen. Der Doppelvierer hatte eine Fahrt nach dem Müggelsee gemacht, nahm aber nicht den gewöhnlichen Weg in der Richtung Rahnsdorf, sondern hielt ziemlich dicht am Ufer auf Restaurant Köbezah. Plötzlich merkte die Mannschaft einen intensiven Ladegeruch aufsteigen, der von dem Boot herrührte. Man konnte sich den Geruch nicht erklären und ein Mann bog sich über Bord und wollte die binnen Wasser befindliche Bootswand befühlen, zog aber die Hand mit einem Schmerzensgeschrei zurück. Das Wasser war so heiß, daß er sich die Hand verbrüht hatte. Infolgedessen hatte die Mannschaft alle Eier, die sie mitgenommen hatte, hervor, tat sie in die Ladentücher und hielt sie in den See; innerhalb vier Minuten waren sie schon weich gekocht. Auch wurden mittels Reisher Fische aufgefangen, die sich als vollkommen weich gekocht und für den menschlichen Genuß durchaus geeignet erwiesen.

Ein eigenartliches Niggeschid hieß einen Wagen der Straßbahlinie 23 auf dem Wege zwischen Tempelhof und dem Stettinbäumen zu. Der Führer mußte plötzlich halten, weil er wie er später zu Protokoll gab, plötzlich das Gefühl hatte, als ob er nicht mehr auf eisernen Rädern, sondern auf Gummi fuhr.

Raum aber hielt der Wagen, so begannen sich die Räder infolge der enormen Hitze in ihre metallischen Bestandteile aufzulösen. In kleinen Annähen kloß das Metall über die Straße. Der Wagen hingegen sank immer tiefer, bis er mit dem Gestell auf dem Strahendammb stand. Er mußte später abgeschleppt werden.

Der Ingenieur Dr. tech. rer. Siebenflug hat eine ingenieure Erfindung gemacht. Er hat einen bequem zu tragenden Gut konstruierter, der in seinem Oberteil nach Art des Thermes ein Gefäß mit kaltem Wasser birgt. Drückt der Träger des Gutes auf einen kleinen Knopf, so ergießt sich von den Rempfen des Gutes ein sanfter erfrischender Sprühregen über Gesicht und Anzug. Das Polizeipräsidium beabsichtigt, die Erfindung für die schweren heißen Helme der Schupo nutzbar zu machen.

Eine Streife der Schutzpolizei griff an den Ufern des Tegeler Sees ein Inaltrio und sehr rauh aussehendes, anscheinend unbekleidetes Individuum männlichen Geschlechts auf. Zur Sache gebracht, gab das Individuum zu Protokoll, daß es der unverheiratete und unbefragte August K. sei. Er habe ein Freibad nehmen wollen und dabei der Verurteilung nicht widerstehen können, wegen der Hitze vollkommen unbekleidet zu haben. Aber auch dann habe die Hitze ihm so arg zugefickt, daß er es einfach nicht mehr habe aushalten können. Da es unlogisch gewesen wäre, sich wieder anzuziehen, sei er sich nach Ueberwindung einiger Bedenken entschlossen, aus der Haut gefahren. Als er nach dem Bad wieder ans Ufer gekommen, sei seine Haut verschwunden gewesen. Da es gewisse gewissenlose Fabrikanten gibt, die aus Menschenhaut Portemonnaies machen, so wird vor Ankauf dieser Haut gewarnt.

Ein höchst belustigender Vorfall ereignete sich in der Potsdamer Straße. Ein Herr beobachtete, wie auf der linken Rückseite eines vor ihm gehenden in schönster Weise gekleideten Herren ein braunlicher Fleck erschien, der sich zu lebends vergrößerte, bis die eine Seite des Herrn total braun verfärbt war und die braune Flüssigkeit bereits zu Boden tropfte. Nunmehr hielt es der Herr aus Gründen der christlichen Nächstenliebe für geboten, den vor ihm gehenden Herrn auf das Malheur aufmerksam zu machen. Der Herr mit dem braunen Fleck war zuerst aufs höchste empört, dann aufs tiefste erschreckt. Es stellte sich heraus, daß er ein Hund Stiefelhaut in die Tasche gesteckt hatte, die sich unter der Hitze völlig aufgelöst hatte.

viel von dem Dank des Vaterlandes gesprochen für die Kriegsopfer, heute wären aber diese schönen Worte leider oft nur Nachschall. Kräfte Beispiele der Renteinquerschungen, welche von den Versorgungsgerichten vorgenommen wurden, wären absolut nicht zu verstehen. Auch wurde über die Verschleppungspolitik bittere Klage erhoben, welche recht drastisch bewiesen wurde in einem Beispiel aus Altona, wo von 160 eingereichten Fällen in 3 Monaten 60 erledigt wurden. Mit großer Majorität wurde die Beitragserhöhung von 2 auf 3 Mk. monatlich angenommen. Anwesend waren 105 Delegierte sowie 20 Gau- und Bezirksvorsitzende.

Gewerkschaften.

Sturm gegen die Einheitsfront.

Zu dem Streit in den reaktionären Beamtengewerkschaften über die Vereinbarungen zwischen dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, dem Allgemeinen freien Angestelltenbund und dem Deutschen Beamtenschaftsbund erfahren wir folgendes:

Die Reichspostgewerkschaft, eine lose Vereinigung der Postbeamtenfachverbände, hat in ihrer Vorstandssitzung beschlossen, den Vereinbarungen nur zuzustimmen, wenn eben solche auch mit allen anderen Arbeitergewerkschaften — also Christlichen, Hirsch-Dunckerischen und Gelben — getroffen werden.
Eine gleiche Vereinbarung mit den Christen ist schon deswegen eine Unmöglichkeit, weil bekanntlich der Abgeordnete Dr. Söfie (Z.) im direkten Auftrage des christlichen Deutschen Gewerkschaftsbundes die christlichen Beamtengewerkschaften — zuerst die schärfsten Gegner des Deutschen Beamtenschaftsbundes — aufzieht. Darüber hinaus aber wird der Wert der Vereinbarungen für den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund durch die Spannung von Fäden zu den Gelben kaum erhöht werden.
Im Bayerischen Beamtenschaftsbund läuft die Bewegung auf eine Ablehnung der Vereinbarungen hinaus. Man unterhält sich nur noch über den Modus, wie man sie zu Fall bringen kann. Sollte eine glatte Ablehnung auf der Tagung des Bundesauschusses des Beamtenschaftsbundes in der kommenden Woche nicht durchzubringen sein, so will man, wie die Reichspostgewerkschaft, beantragen, entsprechende Vereinbarungen mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund abzuschließen, in der Hoffnung, das Ziel auf diese Weise zu erreichen. Sollte auch dies unumgänglich sein, so will man versuchen, die Entscheidung bis zum Bundestag des Deutschen Beamtenschaftsbundes hinauszuschieben. Das ist ein Plan, der kaum den Wünschen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes entsprechen dürfte.

Interessant ist auch die Mitteilung, daß der Hirsch-Dunckerische Gewerkschaftsring sich bereit hat, wegen Abschlußes entsprechender Vereinbarungen beim Deutschen Beamtenschaftsbund vorstellig zu werden.

Die freien Gewerkschaften marschieren. Anlässlich der am 3. August 1921 vor dem Schlächtersauschluß München stattgefundenen Verhandlungen über Lohnverbesserung im Münchener Großhandel machte der Arbeitgeberinditus Dr. Engel interessante Feststellungen auf Grund genauer Unterlagen über die Organisationszugehörigkeit der einzelnen Arbeitnehmer im Großhandel, insbesondere für die freigewerkschaftliche Arbeitnehmersbewegung ein erfreuliches Bild aufzeichnete. Er stellte fest, daß im Großhandel 820 Betriebe mit rund 3000 Arbeitnehmern (kaufmännische Angestellte) in Frage kommen, wovon 800 dem Deutschen Gewerkschaftsbund der Angestellten angehören. Die großhändlerischen Zöner des deutschen nationalen Handlungsgehilfenverbandes und des Verbandes der weiblichen Handels- und Bureauangestellten sind damit sogar aus dem Munde eines Arbeitgebervertreters verdrängt. Wenn auch die Patenttreuhänderinnen und Ritter mit allen möglichen Lügen und Verbredungskünsten gegen die freigewerkschaftlichen Organisationen unter Verwendung von ungeheuren Geldmitteln arbeiten, so steht doch nach jeder Richtung hin einwandfrei fest, daß die freigewerkschaftliche Idee nunmehr auch in den Kreisen der Angestellten in überwiegendem Maße Fuß gefaßt hat und immer weiter schreitet trotz aller gegenteiligen Versuchungen.

Beendigung des Buchdruckerstreiks in Köln. Das Nachrichtenblatt der Kölnischen Zeitungen teilt mit: Zwischen den Kölnern Prinzipalen und den Gehilfen ist gestern vor dem Tarifamt Berlin ein Lohnabkommen vereinbart worden. Die Parteien einigten sich dahin, daß am 12. 8. die Arbeit wieder aufgenommen wird.

Beamtenschaftsorganisation und Bewegung. Vom Pressedienst des Deutschen Beamtenschaftsbundes wird geschrieben: Der Deutsche Beamtenschaftsbund, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Deutsche Gewerkschaftsbund und der Gewerkschaftsring haben sich in ihren zuständigen Organen schon seit längerer Zeit mit der Frage beschäftigt, wie auf dem Gebiete der Gehälter und Löhne der Reichsbeamten und Arbeiter der derzeitigen wirtschaftlichen Verhältnissen und der Preissteigerung begegnet werden kann. Am 6. August fand auf Einladung des Deutschen Beamtenschaftsbundes eine gemeinsame Konferenz mit Vertretern der genannten Spitzenorganisationen statt, in der die Angelegenheit beraten wurde und die Abicht zum Ausdruck kam, die Grundlagen für gemeinsame Forderungen und für ein einheitliches Vorgehen in diesen Fragen herzustellen. Zu diesem Zweck werden sich die einzelnen beteiligten Verbände, soweit das nicht geschehen ist, in den nächsten Tagen über die zu erhebenden Forderungen schlüssig werden, worauf dann unverzüglich eine zweite, gemeinsame Beratung sich mit der Aufstellung des gemeinschaftlichen Programms befassen wird.

Die Arbeitskammerwahlen im Ruhrbergbau. Wie aus Bochum gemeldet wird, liegt nunmehr das Ergebnis der Wahlen zu den Arbeitskammern im Ruhrbergbau endgültig vor. Es haben erhalten: Die freien Gewerkschaften 80 924 Stimmen mit 12 Vertretern und 11 Stellvertretern, der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter mit 49 482 Stimmen, 6 Vertreter und 5 Stellvertreter, die polnische Berufsvereinsigung 20 438 Stimmen, 2 Vertreter und 2 Stellvertreter, der Deutsche Metallarbeiterverband 7105 Stimmen mit 1. Stellvertreter und der Hirsch-Dunckerische Gewerksverein 6121 Stimmen mit gleichfalls 1. Stellvertreter. Bei der Wahlung fielen 40 198 Stimmen von drei Listen aus, die ungültig waren, weil sie nicht die notwendige Zahl von Unterschriften aufwiesen. Von den ungültigen Stimmen fielen etwa 3000 auf die sozialistischen und 36 000 auf die unionistischen Kandidaten. Dieses Ergebnis ist außerordentlich bemerkenswert, weil es zeigt, daß die Arbeiter in ihrer großen Mehrheit den gewerkschaftlichen Charakter der Kandidaten erkannt und ihnen in ihrer

großen Mehrheit ihre Stimme entsagen haben. Daß die freien Gewerkschaften an der Spitze marschieren würden, war von vornherein zu erwarten.

Die „überzeugten“ Kommunisten in den russischen Gewerkschaften. Auf dem Moskauer Kongreß wurden die Zahlen der Mitglieder bekanntgegeben, die die „rote“ Gewerkschaftsinternationale in ihren Reihen zu vereinen vorgibt. Sie wurden von den kommunistischen Zeitungen triumphierend kolportiert und schwanzeln je nach Wunsch und Phantasie.

Nach der Moskauer Ansicht sind alle diese Millionen „überzeugten“ Kommunisten. Wenigstens in den russischen Gewerkschaften. In Wahrheit sind die Meisten nur deshalb für Moskau, weil sie nichts anderes kennen. Sie können nicht lesen. Sie erfahren nichts von der europäischen Gewerkschaftsbewegung. Sie sind nicht imstande, den Moskauer Schwindel über die Amsterdamer Internationale nachzuprüfen. Außerdem funktioniert die bolschewistische Zensur noch besser als die des Zaren. Sie müssen in die Gewerkschaften, ob sie wollen oder nicht. Sie müssen glauben, was ihnen die Parteibonzen erzählen. Sie glauben es, weil ihnen die Funktionäre nur mitteilen, was ihren Zwecken entspricht. Den Beweis dafür liefert ein Bericht an den Moskauer Kongreß. Danach betrug die Zahl der Alphabeten in den russischen Gewerkschaften: 60 Prozent für das Nahrungsmittelmwesen; 75 bis 80 Prozent für die Landwirtschaft und Forstwesen; 70 bis 80 Prozent für die städtischen Betriebe; 60 Prozent für die Textilindustrie; 70 bis 80 Prozent für die Tabakindustrie; 60 Prozent für die Eisenbahnen; 25 bis 27 Prozent für die Schiffsbetriebe; 12 Prozent für die Metallarbeiter. Diese Zahlen sprechen für sich selbst. Können alle diese Menschen, die weder eine Broschüre noch eine Zeitung lesen können, als Kommunisten gezählt werden? Die „rote“ Gewerkschaftsinternationale profitiert vom Analphabetentum. Alle, die in die russischen Gewerkschaften aufgenommen werden, gelten ohne weiteres als Kommunisten. Bei dieser Methode ist es keine Kunst, zu großen Mitgliederzahlen zu gelangen.

Der 9. internationale Metallarbeiter-Kongreß.

Erster Tag.

Luzern, 8. August.

Der vorjährige Kopenhagener Kongreß der Weltgewerkschaft der Metallarbeiter, der erste nach Friedensschluß, konnte naturgemäß nur mehr der Nützlichkeitsbewegung der Bergweiser dienen. Der Lastrücken fiel nun zwar wieder erwarten gut aus, die internationale Zuneigung hatte der Krieg zwar verstimmt, aber nicht töten können. 121 Länder waren in Kopenhagen vertreten, nur England, Italien und Amerika fehlten, nicht, weil sie dem Weltbrand untreu geworden wären, sondern weil Umstände, die zu ändern ihnen nicht gegeben war, ihre Teilnahme verhinderten. Dem internationalen Bund jene Verfassung zu geben, die die schreckliche Erfahrung des Krieges heiligt, ließ die Abwesenheit von Ländern von der Bedeutung Amerikas, Englands und Italiens nicht raum lassen. Man hielt in Kopenhagen dafür, grundlegende Änderungen in der Bundesorganisation auf einem Kongreß mit vollständiger Vertretung vorzunehmen, der balmigst eintreten werden sollte. Das ist nun geschehen. Der jetzige Kongreß soll in der Hauptsache dem Bund eine solidere statutarische und finanzielle Grundlage geben, damit er seinen Aufgaben besser gewachsen ist.

Der zu Kopenhagen ausgedrückte Wunsch nach größerer Vollständigkeit hat sich erfüllt. England und Italien sind nun wieder vertreten. Die Amerikaner (Maschinenbauer) haben die englischen Bittern mit ihrer Vertretung befreit. Die Verhandlungen finden in dem neuen prächtigen Hause der Luzerner Arbeitergewerkschaft statt.

Als der internationale Sekretär Konrad Ziegler den Kongreß eröffnet, sind die Tische aller Länder voll besetzt, bis auf den italienischen, der noch zwei leere Sitze aufweist, und der Ungarns, dessen Vertreter auf der Herreise in Zürich einen Unfall erlitt. Der internationale Sekretär gab in seiner Eröffnungsrede einen kurzen Überblick über die Internationale. Ihm folgte als Grußwort der Sekretär des Schweizerischen Metallarbeiterverbandes, Hirsbrunner, aus dessen Rede zu entnehmen ist, daß 1918 durch den Generalstreik der Achthunderttag errungen wurde. Heute erleide die schweizerische Metallindustrie eine schlimme Krise. Die hochstehende Valaisa gerichte der Schweiz zum Fluße. Die Länder mit schlechter Valaisa könnten keine Waren von der Schweiz kaufen, was flauen Geschäftsgang, Krararbeit und Erwerbslosigkeit zur Folge habe. 50 % der schweizerischen Metallarbeiter seien arbeitslos. Diesen Zustand benutzten die Unternehmer zum Lohnabbau zur Dürchsetzung des Achthunderttages und zum Raube anderer in ähnlicher Zeit erkämpfter Errungenschaften. Zu allem Unglück schwäche noch der Bruderstreit, den ja auch andere Länder hätten, die Stellung der Arbeiterkraft. Nach Hirsbrunner begrüßte der Nationalrat Grimm den Kongreß im Namen der schweizerischen Sozialdemokratie.

Es werden sodann die formellen Angelegenheiten des Kongresses, die Wahl der Bureauaus und der Kommissionen erledigt. Die Arbeit der letzteren hofft man über Nacht so weit vorzubereiten, daß am zweiten Tages mit der eigentlichen Beratung begonnen werden kann.

14. Bundestag des Arbeiter-Radfahrerbundes Solidarität.

k. Halle a. S., 10. August.

Am Sonntag, dem 10. August, kamen hier im „Volksparth“ die Delegierten des Arbeiter-Radfahrerbundes Solidarität zum 14. Bundestag zusammen, um Rechenschaft über die zwei letzten Jahre Bundestätigkeit entgegenzunehmen und über den weiteren Ausbau des Bundes im Interesse der Arbeitersportbewegung zu beraten.

Der Arbeiter-Radfahrerbund Solidarität hat im Mai dieses Jahres sein 25jähriges Jubiläum gefeiert, und er konnte da auf eine erfolgreiche Entwicklung und auf anerkanntenswerte Tätigkeit im Dienste der Arbeiterbewegung zurückblicken. Im Gründungsjahr 1896 zählte der Bund nur 476 Mitglieder, im Jubiläumsjahr 1921 ist er die größte Sportorganisation Deutschlands und schart fast 200 000 Mitglieder um seine Fahne. Der Arbeiter-Radfahrerbund ist in einer Zeit harten Ringens, scharfen Kampfes um eine neue soziale Weltanschauung geboren und erstarbt, er hat zahlreiche Kämpfe mit Politik und Justiz durchzuführen müssen, er will und wird auch allezeit eine Kampforganisation des Proletariats bleiben.

Auf dem Bundestag kann man mit Stolz auf das fünfzigjährige Bestehen des Bundes zurückblicken. Vor dem Kriege, Ende 1913, zählte der Bund bereits 148 500 Mitglieder. Diese Zahl ging im Kriege bis auf 22 461 Ende 1918 zurück. In den beiden Berichtsjahren 1919/20 nahm der Bund dann wieder einen gewaltigen Aufschwung, er zählte Ende 1920 3104 Ortsgruppen mit 149 815 Mitgliedern, und unterdessen ist der Mitgliederstand weiter stark in die Höhe gegangen. Auch finanziell hat sich der Bund wieder erholt. Er konnte im Jahr 1920 sein Vermögen um rund 70 000 Mark erhöhen, so daß dieses Ende 1920 268 228 Mark betrug. Die Einnahmen und Ausgaben balanzieren im Jahr 1920 mit 1 104 675 Mark. An Beiträgen gingen ein 623 069 Mark. Hieron fließen die Mitglieder in Form von Unterstützungen, — der Bund gewährt Unfall-, Sterbe- und Tot-

fallunterstützung sowie Rechtschutz — direkt zur 44 778 Mark. Die Bundessetzung verschlang allein 224 140 Mark.

Das Bundesgeschäft des Arbeiter-Radfahrerbundes, das unter den übrigen wirtschaftlichen Verhältnissen zu leiden. Trotzdem kann der Geschäftsbericht konstatieren, daß auch hier die Aufwärtsbewegung angehalten hat. Das Warenlager konnte 1919 fast dreimal, 1920 sogar fast zehnmal umgeschlagen werden. Der Gesamtumsatz des Fahrradhauses betrug 1919 1 009 538 Mk. und 1920 4 858 781 Mark. Allerdings ist eine Teil der Steigerung im letzten Jahr auf die Entwertung der Mark zurückzuführen. Auf der Tagesordnung des Bundestages steht neben den Berichten der Statutenberatung auch ein Referat über die Zentralkommission für Sport und Körperpflege und die Sportinternationale. Dabei dürfte auch die Frage des Zusammenhanges aller bestehenden Arbeiter-Sportverbände behandelt werden. Der Arbeiter-Radfahrerbund hat sich bereits auf seinem letzten Bundestag in Würzburg für den Zusammenschluß ausgesprochen, leider ist die gleiche Bereitschaft zur Schaffung eines Volksbundes für Sport- und Körperpflege nicht bei allen übrigen Arbeiter-Sportverbänden vorhanden, so daß die Vorbedingungen zu dem Zusammenschluß noch nicht geschaffen sind.

Die Schaffung staatlicher Normen für Leibesübungen hat die Zentralkommission durch eine Eingabe an die Regierung gefordert. Dieser Eingabe wurde stattgegeben und die Reichsbeirat für körperliche Erziehung ins Leben gerufen, der sich aus je 5 Vertretern des Arbeitersports und des bürgerlichen Sports zusammensetzt. Daneben bestehen noch in den einzelnen Staaten und in Gemeinden Komitês für Leibesübungen.

Auf dem Bundestag dürften auch diese allgemeinen Fragen des Sports berührt werden. Wir werden über die Verhandlungen zusammenfassend am Schlusse der Tagung berichten.

Genossenschaften.

Ein Parlamentserfolg der britischen Genossenschaften. Die britischen Genossenschaften errangen im englischen Unterhaus einen sehr bemerkenswerten, nahezu sensationellen Erfolg. Dort stand am 19. Juli der Regierungsentwurf zur Verabschiedung, der die Abgabepflicht gemeinnütziger Unternehmungen betrifft und entgegen der bisherigen Praxis die Besteuerung der Rückvergütung der Genossenschaften vorschlägt. Alle Vorstellungen und Proteste der Genossenschaften gegen diese gesetzliche Abänderung blieben erfolglos; die Regierung bestand auf ihrem Willen. So kam der Tag der Entscheidung im Parlament. Die Regierung Lord Georges erlitt eine bedenkliche Schlappe. Es trat nämlich der unerwartete Fall ein, daß nicht nur die Opposition im Unterhaus, die Liberale Partei und die Arbeiterpartei, dem Gesetzentwurf Widerstand leistete, sondern sogar von einem Abgeordneten der Regierungspartei zu dem Entwurf ein Zusatzantrag eingebracht und vom Hause verabschiedet wurde. Damit war die Besteuerung der Rückvergütung der Konsumgenossenschaften zu Fall gebracht, was dem Einflüsse der Genossenschaften bis tief in die Regierungspartei hinein alle Ehre macht. Als das Ergebnis des beharrlichen genossenschaftlichen Widerstandes in dem Abstimmungsresultat bekannt wurde, brach die ganze Opposition in förmlichen Beifall aus, der mehrere Minuten dauerte. Der Regierungsvorrede, Chamberlain, mußte sich bemühen, die Niederlage der Regierung als „ganz bedeutungslos“ zu charakterisieren und die erlittene Schlappe auf einen „Zusatz“ zurückzuführen. „Immerhin wäre es sehr gebohen“, fuhr Chamberlain fort, „daß solche Zufälle sich nicht allzu häufig wiederholen“, womit er die Abgeordneten der eigenen Regierungspartei kritisierte, die der erfreulich starken Einwirkung der Genossenschaften gefolgt und dabei selbst ihre Regierung im Stiche gelassen hatten.

Der Präsident des amerikanischen Genossenschaftsbundes vor deutschen Genossenschaftlern. Ueber die Genossenschaftsbewegung in Amerika ist bei uns naturgemäß erst wenig Kenntnis verbreitet. Um so begrüßenswerter und dankbarer war daher ein Vortrag des Präsidenten des Genossenschaftsbundes in Amerika, Herrn Professor J. W. Warbasse, den er am 27. Juli d. J. im großen Sitzungssaal des Gebäudes der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine in Hamburg vor einer Versammlung mitwirkender Genossenschaftler hielt. Herr Warbasse, der die Entfaltung und Stärke des Konsumgenossenschaftswesens der größten europäischen Staaten in Augenschein nimmt und auf dem internationalen Genossenschaftskongreß in Basel im August zugegen sein wird, offenbarte in seiner höchst sympathischen Rede glaubensvollen Internationalismus, hehre Begeisterung für die hohen genossenschaftlichen Ideale und hoffnungsvollen Willens- und Tatendrang. Die Zuhörer des ruhigen Abends, Vertreter des Vorstandes des Zentralverbandes mit der Großkaufmann-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H. ferner der Verbrauchervereinigung Hamburg, der Hamburger „Produktion“ und eine weitere Anzahl geladener Gäste, nahmen mit großem Interesse die in deutscher Sprache gemachten Ausführungen entgegen, die zum Schluß die Versicherung der Freundschaft der amerikanischen Genossen brachten. Den aufrichtigen Beifall, den diese Rede bei der Zuhörerschaft fand, ergänzte Heinrich Kaufmann mit Worten des Dankes an Herrn Warbasse und seine mit ihm züzige Frau. Gern nahm er die Gelegenheit wahr, den amerikanischen Genossenschaftlern aufrichtige, herzliche Grüße und beste Wünsche zu genossenschaftlichem Fortschritt von den deutschen Genossen Herrn Warbasse zur freundlichen Uebermittlung anzuvertrauen. Wenn es erwünscht sein werde, solle es an der möglichsten Hilfe der erfahrenen deutschen Konsumgenossenschaften niemals mangeln. Die abendliche Zusammenkunft wurde beherrschend von dem Gefühl internationaler genossenschaftlicher Solidarität.

Aus aller Welt.

Gräßliches Autounglück. Auf der Straße nach Glend im Harz flog von einem Privatauto ein Rad ab und schlug mit solcher Wucht einer spaziergehenden Dame gegen den Kopf, daß sie sofort tot war. Das Auto, das durch das abgeflogene Rad steuerlos geworden war, fuhr in den Wald und stürzte um. Dabei erlitten zwei von den drei Insassen, eine Dame und ein Herr, schwere Verletzungen. Die Getötete ist eine Frau Pilz aus Leipzig, die zur Kur in Glend weilte.

Großfeuer auf dem Dessauer Güterbahnhof. Freitag morgen brach hier im nördlichen Westflügel des hiesigen Güterbahnhofes Feuer aus, das sich mit rasender Geschwindigkeit über das ganze Gebäude erstreckte. Schwere Explosionen deuteten auf das Vorhandensein großer Mengen Explosivstoffe. Es erfolgten 30 bis 50 Explosionen. Einige eiserne Kohlenbehälter flogen Hunderte von Metern in die Umgebung. Infolge der starken Rauchentwicklung war es der Feuerwehr unmöglich, an den Brand heranzukommen. Sie mußte sich darauf beschränken, den übrigen Teil des Gebäudes unter Wasser zu halten. Der Schaden ist sehr groß. Der Eisenbahnbetrieb ist nicht gestört. Kasse und Bücher des Bahnhofes sind in Sicherheit gebracht worden.

Erreuter Einbruch in die Weimarer Fürstengruft. Die Fürstengruft zu Weimar war in der Donnerstagsnacht abermals der Schauplatz eines schmerzlichen, aber für die Verbacher wenig erfolgreichen Einbruchs. Die Täter sind nach Zerkümmern eines Fensters an der über der russischen Kapelle sich erhebenden großen Kuppel in die Kapelle hineingestiegen und so in die eigentliche Fürstengruft gelangt. Hier stahlen sie einen goldenen und einen vermaltenen Kran, den die Ortsgruppe Genossenschaft der Goethe-Gesellschaft erst kürzlich dort niedergelegt hatte.

4 1/2 Millionen Gulden gefunden. Aus Berlin wird gemeldet: Ein wertvoller Fund machte der Streckenwärter Malberg. Er fand beim Streckenabschleppen zwei Aktentaschen mit 4 1/2 Millionen böhmischen Gulden. Wem das Geld gehört, oder wie dasselbe dorthin gekommen ist, steht noch nicht fest. Malberg hat den Fund sofort gemeldet.

Wirt abgebrannt. Durch einen riesenhafte Brand wurde Pinlt (Wohlyntin), eine Stadt von etwa 60 000 Einwohnern, fast vollständig eingeäschert. Die Lage der Abgebrannten ist entsetzlich. Hunderte von Familien kampieren auf offenem Felde, Rings um Pinlt wüten Waldbrände.

Großfeuer in Altenberg. Ein Großfeuer in Altenberg überlegte in der Nacht zum Donnerstag den, neben dem berühmten Altenberger Dörr gelegenen bekannten Gatthof Vorküche ein. Dem schnellen Eingreifen verschiedener Feuerwehren sowie einer Kompanie französischer Soldaten ist es zu danken, daß der Vorhof eines der schönsten historischen Denkmäler des bergischen Landes, nicht ein Raub der Flammen wurde. Die Bewohner des Gatthofes konnten nur das nackte Leben retten. Das zerstörte Gebäude ist Eigentum des kaiserlich-höflichen Stuhles in Köln, der es vor kurzem noch mit einem Kostenaufwand von 1/4 Millionen Mark instandsetzen ließ.

350-Jahrfeier der Stadt Kagerburg. Die Stadt Kagerburg in Ostpreußen begeht am 20. August das Fest ihres 350-jährigen Bestehens. Die Stadt verdankt ihren Namen dem Ritter schloß Kagerburg, das von dem deutschen Ritterorden am Anfange des 14. Jahrhunderts am Mauerwerk erbaut wurde. Am Mittelpunkt der Festveranstaltungen stehen sportliche und turnerische Wettkämpfe. An einem Festgottesdienst schließt sich eine Festigung der städtischen Körperschaften an.

Die vornehme Dame. Die MünchN. N. berichten: Am Sonnabend zeigte die Einwohnerschaft Münchens wieder ihre „barbarische Wildständigkeit“. Eine Kaufmannsrau aus Leipzig spazierte in Begleitung ihres Gemahls durch die Straßen der inneren Stadt. Durch die Tracht erregte sie einiges Aufsehen: Sportmütze, Hemdbluse mit Schlips, Breecheshose, Wadenstrümpfe, Schuhe mit hohen Absätzen. Zuerst lachte man, schließlich empödete man sich über die unziemliche Tracht. Am Samstag wurde es der überspannten Leipzigerin um 6 Uhr abends fast schlecht gegangen. Das Publikum verlangte, daß sie die Hose ausziehen sollte und ging daran, der Dame auf offenem Platze das anstößige Kleidungsstück herunterzuziehen. Nur durch das Dazwischentreten der Polizei wurde die Demasierung verhindert. Die Dame wurde der Polizeidirektion vorgeführt, wo sie erklärte, daß in Leipzig bei den vornehmen Damen die Hosen-Tracht gang und gäbe wäre. Sie habe, als sie den großen Fremdenverkehr in München gesehen habe, nicht gedacht, daß sie Mergernis erzeuge. Bald darauf brachte der Gatte einen Koff nach. Das Ehepaar, das einige Tage in München zu bleiben gedachte, schüttelte den Staub Münchens sofort von den Füßen und zog sich ins Oberland zurück, wohl in der Meinung, daß man dort nicht so feindselig gegen weibliche Breecheshosen sein wird.

39 Halme aus einem Aern. Dieses seltene Naturwunder hat der Landwirt K. Hannas in Triebe auf seinem Acker festgestellt. Sämtliche Halme sind in Höhe von 1,50 bis 1,75 Meter gut ausgewachsen und tragen volle Ähren. Leider handelt es sich nur um eine Ausnahme. Entweder die Ernte überall diesem Fruchtgewächs, würden die Brotpreise sicher zurückgehen.

Ein Raubzug unter jugendlichem Einfluß. Eigenartige Vorgänge entfaltete eine Verhandlung der Ferienkammer des Landgerichts III, Berlin. Wegen schweren Diebstahls war Frau Anna Sieber angeklagt. Die bisher völlig unbekanntene Angeklagte, die sich auch sonst des besten Rufes erfreut, ist seit Jahren mit einer sehr vermögenden Witwe eng befreundet. Diese bekannte ihr wackles Vertrauen und händigte ihr stets die Schlüssel zu ihrer Wohnung aus, wenn sie Besuche machte oder verweilte. Eines Tages lernte die Angeklagte eine Frau kennen, die ihr sofort durch den unheimlichen Blick ihrer Augen auffiel. Trotzdem habe sie sich zu der Unbekannten hingezogen gefühlt, die ihr sofort allerlei von ihren geheimnisvollen Künften erzählte. Wie die Angeklagte weiter angibt, habe sie wiederholt die Empfindung gehabt, daß sie alles tun müsse, was die Unbekannte von ihr verlange. Eines Tages sei die unheimliche Frau ganz plötzlich mit dem Plan herangezogen, die Wohnung der Witwe auszuräumen. Angeblich völlig willenlos will die Angeklagte nun die Schlüssel herzugeben haben. Wie sich später herausstellte, war die Unbekannte die Ehefrau des vielfach mit Zuchthaus vorbehafteten „Einbrecherkönigs“ Steinicke. Der Gericht machte Rechtsanwalt Dr. Harry Pincus geltend, daß die Angeklagte mit Rücksicht auf den übermäßigen jugendlichen Einfluß der Steinicke höchstens wegen Beihilfe bestraft werden könne. Das Gericht schloß sich dem an und verurteilte die Anklage nur wegen Beihilfe zu 6 Monaten Gefängnis.

Die Telefunkenstation Nauen telephoniert über 4340 Kilometer. Bis jetzt waren Berlin—Rom und London—Paris die weitesthin Strecken, auf denen die Drahttelephonie noch mit Erfolg benutzt werden kann. Das ist aber nur ein kleiner Bruchteil der Entfernung, die jetzt durch Nauen drahtlos überbrückt ist; denn diese 4340 Kilometer entsprechen ungefähr der Entfernung Nauen—Amerika (Neu-Fundland). Es darf erwartet werden, daß die Fortsetzung der Versuche den Beweis der Möglichkeit einer telephonischen Verbindung Berlin—New-York erbringt. Schon bei den vor kurzem mit der Hauptstelle des Reichspostministeriums Königswinterhausen angestellten drahtlosen Telephonieversuchen war sowohl das gesprochenes Wort als auch die Musikübertragung nicht nur in fast allen deutschen Städten, sondern auch in vielen des benachbarten Auslandes einwandfrei aufgenommen worden. Die sich daran anschließenden Versuche von Nauen aus bedienten sich einer Telefunken-Hochfrequenzmaschine mit 130 KB. in der Antenne. Die Empfangsstationen in Athen, Budapest, Bukarest, Haag, Helsingfors, Kopenhagen, Christiania, Madrid, Prag, Stockholm und Zürich hörten diese Gespräche Wort für Wort mit vollkommener Deutlichkeit. Der der argentinischen Regierung gehörende Dampfer „Bahia Plata“ hat auf seinem Rückweg nach Amerika, soweit es die atmosphärischen Verhältnisse zuließen, regelmäßige Aufnahmen gemacht und hierbei festgestellt, daß die Telephonie mit dem 10-KB-Telefunken-Hörapparat von Königswinterhausen noch auf eine Entfernung von 3500 Kilometern und die mit der 130-KB-Hochfrequenzmaschine in Nauen gegebene auf 4340 Kilometer gut aufzunehmen war.

Grammophonie in der Kirche. Der Vorschlag eines englischen Professors Grund aus Leeds, in den Kirchen die Predigten durch Grammophone halten zu lassen, erregt in England viel Aufsehen. Ist aber nicht ganz neu. Schon vor einiger Zeit wurde berichtet, daß der Priester des französischen Ortes Lamartre ein Grammophon in seiner Kirche aufgestellt hat, um der Gemeinde beim Gottesdienst die Antworten vorzusprechen, und in einer irischen Kirche wurde der Chorgesang beim Requiem durch ein Grammophon ersetzt, das während der Beerdigung auf den Sarg gestellt werden war.

Unzüchtlicher Silbererzschmuggel in Dänemark. Die dänische Polizei ist einem unzüchtlichen Silbererzschmuggel auf die Spur gekommen. Drei Personen haben seit einem halben Jahr täglich mehr als dreitausend Kronen Silbererz von Dänemark nach Schweden herübergeschmuggelt. Sie standen mit den Schmuggelern der Kopenhagener Straßenbahn in Verbindung, die täglich ihre Silbererzmassen bei den Schmuggelern gegen Papiergeld umtauschten. Wie die bisherige Untersuchung ergab, sind fast sämtliche Kopenhagener Straßenbahnfahrer in die Schmuggleraktion verwickelt. Die drei Silbererzschmuggler sind verhaftet.

Gesprechsal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.)

Fischsterben im Kanal — Gesundheitsamt.
In den letzten Tagen haben sich große Mengen toter Fische, Sunde, Kaker usw. zwischen dem Gestade und den im Flughafen liegenden Schutten und Kähen angeammelt. Diese sind inzwischen in Verwesung übergegangen, so daß sie einen Pestgeruch verbreiten der nicht zu ertragen ist. Von Leuten, die auf den Kähen und am Gestade arbeiten, ist sogar schon eine dadurch von Unwohlsein befallen worden. Der Abfluß des Kanals ist nicht so stark, daß die angesauten Fischmassen von selbst abfließen, zumal der Wind seit einigen Tagen kanalenwärts bläst. Auf die Beschwerden der Kanalbesitzer — dieselben drohten sogar mit Urheiseinsetzung — wandte ich mich telephonisch an das Gesundheitsamt mit der Bitte, diesem Zustande abzuhelfen. Das Gesundheitsamt schien sich aber durchaus nicht für diese Sache zu interessieren und schließlich wurde mir arheingestellt, die Sache selbst in die Hand zu nehmen. — Hier, wo schnelle Abhilfe notwendig ist, wird erst eine umständliche schriftliche Eingabe verlangt. Man sollte doch wirklich glauben, zumal es sich um die Gesundheit der Lübecker Bevölkerung handelt, daß die Behörden sich auch ohne schriftliche Eingabe von dem Sachverhalt überzeugen würde.

Das Wetter der Woche.

Möln, 11. August. (Nachdruck verboten.)
(Vor der Lauenburgischen Wetterwarte in Möln.)
Die Witterung der nächsten Woche ((1.—20. Aug. einschl.) zeigt nach unseren Untersuchungen einen stark wechselnden Cha-

rakter, sowohl hinsichtlich der Bewölkung, des Windes als auch der Niederschläge. Die Luftwärme bewegt sich ebenfalls in stark sprunghafter Linie, ist jedoch durchweg höher als in der Vorwoche, hält sich im übrigen in mäßigen Grenzen, so daß von einer neuen Hitzeperiode, d. h. übernormaler Wärme, keine Rede sein kann. Die Wetterlage ist recht veränderlich; der höchste Druck wechselt schnell zwischen 80, S. und SW-Europa, je nach Lage und Ausrichtung der atmosphärischen Störungen. Diese treten anfangs über dem Ozean im NW. der britischen Inseln auf, gegen die Mitte der Woche dagegen meist im W. und ziehen in nordöstlicher später mehr östlicher Richtung über das Nord- und Ostseegebiet nach NW. und N. Ostland. Vom 16.—18. Aug. wird unser Bezirk (Schleswig-Holstein, Hansestädte, Mecklenburg, Hannover, Brandenburg, N.-Westfalen und N.-Hessen) mehr von den zentralen Teilen der Tiefdruckgebiete getroffen, während der übrigen Zeit nur von östlichen bis südlichen Ausläufern. Gewitter sind ziemlich selten, beschränken sich meist auf das Küstengebiet. Die Winde bewegen sich durchweg zwischen SW. und NW. und treten oft stark, an der Küste stürmisch (16., 18.) und böig auf. — Im einzelnen: 14. August: Mäßig warm, zunächst heiter, besonders im O. und S., später im W. bis N. zunehmend bewölkt, auf frisierende S. bis SW-Winde. Vorwiegend trocken, nachmittags strichweise im Nordseebereichgebiet (Schleswig-Holstein, Hannover) kurze Regenschauer und Gewitter. 15. August: Kühler, wolkig mit Sonnenschein, böige SW. bis W-Winde. Vereinzelt Regenschauer im NW. und N. 16. August: Wärmer, teils heiter, teils wolkig, stark auffrisierende S. bis S-Winde. Nachmittags zeitweise Regenschauer und strichweise Gewitter. 17. August: Warm, wechselnd bewölkt, zeitweise sonnig, im S. und O. teilweise heiter, friside bis starke SW-Winde. Tags meist trocken bis auf stellenweise Gewitter im W. 18. August: Warm, schwül, zunächst noch zeitweise sonnig, bald verbreitet trübe im ganzen Bezirk stark, an der Küste stürmische S. bis SW-Winde, Temperatur stark sinkend; verbreitete, teilweise ergiebige Regenschauer. Stellenweise Gewitter. 19. August: Kühler, veränderlich, meist stark wolkig, böige, starke SW. bis W-Winde, kurze Regenschauer. 20. August: Kühl, wolkig und Aufheiterung, böige NW-Winde, vorwiegend trocken.

Eingegangene Druckchriften.

Die Erwerbslosenfürsorge. Unter diesem Titel erscheint in den nächsten Tagen im Verlag der „Freiheit“, Berlin C. 2, eine Schrift von Rudolf Wolf, Arbeitersekretär in Königsberg i. Pr. Die Schrift ist nach dem neuesten Stande bearbeitet. Sie enthält den Wortlaut der Reichsverordnung über Erwerbslosenfürsorge unter Berücksichtigung aller bisher ergangenen Veränderungen einschließlich der vom 1. 6. 1921 ab geltenden neuen Unterstützungssätze und eine gemeinverständliche Darstellung der Erwerbslosenfürsorge in einer Anzahl Sonderabhandlungen unter Berücksichtigung der wichtigsten Ausführungsbestimmungen, ministerielle Bescheide und der letzten Reichstagsbeschlüsse. Die Schrift wird für alle unerheblich sein, die sich über die schwierigen Bestimmungen der Erwerbslosenfürsorge orientieren und wirksam die Interessen der Erwerbslosen und Kurzarbeiter wahrnehmen wollen. — In handlichem Taschenformat wird der Ladenpreis etwa 8 Mk. betragen. Beim Bezug durch die gewerkschaftlichen oder politischen Organisationen bedeutende Preisermäßigung.

Von der „Neuen Zeit“ ist fobien das 20. Heft vom 2. Band des 39. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes hebt wir hervor: Zur Kritik des Programmentwurfs. Von Heinrich Cunow, II. (Fortsetzung.) — Gegen die Programmrevision. Von Hans Nordwald. — Eine Entscheidungsschlacht. Von F. Steiner-Jullien. — Der Irrtum des bevölkerungspolitischen Kongresses der Stadt Köln. Von Wilhelm Schöttler. — Neue Literatur über Arbeits- und Wirtschaftsrecht. Besprochen von Dr. Georg Platzow. — Notizen. — Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 19,50 Mk. das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 1,50 Mk. — Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Inferate

finden durch den „Lübecker Volksboten“ in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inferate im „Lübecker Volksboten“

Brotkartenausgabe.

Für die Zeit vom 3. September 1921 bis 17. März 1922 werden für jede Person 4 Brotkarten an den unten angegebenen Tagen in den

Zentralhallen, Dankwartsgrube 20/22, von 8 1/2 vormittags bis 2 1/2 Uhr nachmittags ausgegeben.

Ausgabezeiten für die Stadtbezirke 1 bis 87:

Dienstag, den 16. August 1921:	Bezirk 1 bis 9.
Mittwoch, den 17. August 1921:	Bezirk 10 bis 18.
Donnerstag, den 18. August 1921:	Bezirk 19 bis 27.
Freitag, den 19. August 1921:	Bezirk 28 bis 34.
Sonnabend, den 20. August 1921:	Bezirk 35 bis 42.
Montag, den 22. August 1921:	Bezirk 43 bis 49.
Dienstag, den 23. August 1921:	Bezirk 51 bis 58.
Mittwoch, den 24. August 1921:	Bezirk 59 bis 65.
Donnerstag, den 25. August 1921:	Bezirk 66 bis 74.
Freitag, den 26. August 1921:	Bezirk 75 bis 87.

Die Bezirksnummer ist auf dem gelben Ausweis zum Bezug von Lebensmitteln (rechts oben) angegeben. Dieser Ausweis ist bei der Abholung vorzulegen. Kindern unter 12 Jahren werden die Karten nicht ausgehändigt.

Bei verspäteter Abholung der Karten wird eine Gebühr von 50 Pfennig für die Person erhoben.

Zur Beachtung!

1. Die ausgegebenen Brotkarten sind sorgfältig aufzubewahren, weil ein Erlaß für abhanden gekommene Karten Kraftlos nicht mehr geltend wird. Der Verlust der Karten verleiht, ist daher ein Verzug des im freien Handel erhältlichen Brotes angemessen.
2. Lebensmittelfkarten werden nicht mehr ausgegeben. Die für die Zeit vom 15. Juli bis 2. September d. S. geltenden Lebensmittelfkarten sind ebenfalls anzuhaben, weil auf die Abgabe dieser Karten Jeder, solange dieser rationiert ist, ausgegeben wird. Der Jeder ist in dem Geschäft weiter zu beziehen, in welchem die Lebensmittelfkarten angewendet ist.
3. Für Kinder unter einem Jahr werden bei der Ausgabe die entsprechenden Kinderbrotkarten ausgegeben.

Lübeck, den 12. August 1921. (5199)

Ausgabe von Weizenmehl und Gerstenermehl.

Vom 18. bis 18. August 1921 sollen abgegeben werden:

- 125 gr Gerstenermehl, soweit vorhanden, zum Preise von Mk. 4.50 für 1 Pfund auf den Abschnitt 26 Warenkarte.
- 150 gr Weizenmehl zum Preise von Mk. 2.00 für 1 Pfund auf den Abschnitt 36 Warenkarte.

Lübeck, den 12. August 1921. (5198)

Das Landesversorgungsamt.

Gesellenprüfung.

Diesjenigen, nicht bei einer Prüfung eingetriebenen Handwerkslerlinge, deren Lehrzeit um 1. Oktober dieses Jahres abläuft, werden aufgefordert, ihre Anmeldung zur Gesellenprüfung spätestens bis zum 25. August 1921 in der Kammer der Gewerbetreibenden, Breite Straße 40, I. unter Benutzung der dort abzufordern. Ferner ist unter Einzahlung der Prüfungsgebühr von Mk. 30 — einzureichen. Auch alle Industriehilfslinge, die sich der Gesellenprüfung vor den Prüfungsämtern der Gewerbetreibenden unterziehen wollen, haben ihre Anmeldung unter Einzahlung der Prüfungsgebühr von Mk. 30 — bis zu demselben Termin zu vollziehen. (5233) Lübeck, d. 12. Aug. 1921.
Die Gewerbetreibenden.

Für 4 Arbeiter 20 g i. d. Eickling Karthof, (5231) Fohlenboop 7, Frau Schmerke.

Ein alt. Zimmermann sucht Beschäft. al. w. d. Art. Aug. u. v. d. E. (5193)

Maschinen- u. n. m. G. (5230) Fohlenboop 6, III.

Hil. Dahn u. 4 Pächter z. v. (5194) Fohlenboop 2, I.

J. v. 10 ig. Kisten (5228) Schrage 14, Stadteldorf.

Schwarzes Samt-Jackett und Weste.

mittl. Größe, preiswert zu verkaufen. Grube, 6189) Kronsförde, Lübeck.

Wob. Schlafzimmer, hell Größe mit schm. Umfassungslatten, weiß lackiert. Küche (hochlegant) bill. zu verkaufen. (5225) Augustenstr. 25 a, I.

Rehhf. ital. Zuchthühne zu verkaufen. (5234) Kufufkruf 1 (Siedlung Gärtnergasse).

1 Satz **Ferkel** zu verkaufen. Vagt. (5222) Schwart. Allee 127 a.

Primaferkel und Junggänger bill. zu verkauf. (5224) P. Stüwe, Schönböckener Str. 18.

Schirme werden repariert (5241) Warendorpsstr. 50, I.

Holzarbeiter.

Kaufen nur Bedarf an Kleidung, Schuhen, neu u. 5190 getragen beim Roll. Robowsky, Walmstr. 71.

Verl. Bortemonaie am 12. S. Königstr. Konsumverein. (5226) Lichte Quersfr. 9/5.

Dr. med. Stoffer

verreist 14 Tage. (5227)

Verpachtung einer Obsterte.

Der Obstertrag von den an der Oblesloer Landstraße stehenden 153 Obstbäumen, auf einer Strecke von etwa 850 m Länge, soll am Mittwoch, dem 17. August, nachmittags 3 Uhr öffentlich meistbietend verpachtet werden.

Kauflustige wollen sich zu dieser Zeit an der Gastwirtschaft Hohensteige einfinden. Die Bedingungen sind täglich im Geschäftszimmer der Stadtbäckerei, Mühlenstamm 7, in der Zeit von 8 bis 8 1/2 Uhr einzusehen.

Lübeck, den 11. August 1921. (5200)

Die Baubehörde.

Aerztl. Sonntagsdienst (5217) Dr. Leonhardt, Koefstr. 18. Dr. Voß, Fleischbäuerstr. 38. Dr. Niemann, Schw. All. 75.

Visitenkarten

fertigt an Friedr. Meyer & Co.

Färbe zu Hause

Kleider, Blusen, Tücher, Bänder, Strümpfe, Garne, Gardinen, Spitzen u. s. w.

nur mit Heitmann's Farben

Bestbewährt Größte Auswahl

Andere Farben zurückweisen Alleine Fabrikanten: Gebr. Heitmann Köln & Riga

Erhältlich in allen Drogerien-Geschäften. Vertretung u. Lager: E. R. Schultz, Lübeck. Engelsgrube 24. Fernsprecher 8528. (5211)